Backnanger Kreiszeitung

Demokratie wieder leben statt nur zuzuschauen

Kommunalwahl 2019: Bürgernähe und ein gutes Miteinander aller Backnanger Bürger sind zentrale Punkte der BIG-Partei

Von Silke Latzel

15. Mai 2019



„Wir sollten unser Leben hier für ein besseres Miteinander gemeinsam gestalten“, sagt die BIG-Partei und verweist darauf, dass in Backnang 120 verschiedene Nationen vertreten sind. Archivfoto: J. Fiedler © **Jörg Fiedler**

BACKNANG. „In Backnang leben Menschen aus rund 120 Nationen. Und deshalb sind wir auch eine Partei für alle Backnanger Bürger und für alle ethnischen Gruppen“, sagt Murat Düven, Kreisverbandsvorsitzender der BIG-Partei. Das „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ ist eine 2010 in Köln gegründete deutsche Kleinpartei, die bei dieser Kommunalwahl das erste Mal auch in Backnang mit einer lokalen Liste für den Gemeinderat kandidiert.

Als wichtiges Ziel des Partei nennt Düven vor allem die Bürgernähe: „Wir sollten unser Leben hier für ein besseres Miteinander gemeinsam gestalten. Und die BIG-Partei möchte das nicht ‚für‘ die Bürger machen, sondern ‚mit‘ ihnen. Das heißt vor allem: Die Bürgerbeteiligung sollte verstärkt, die Informationen besser kommuniziert und auf die Sorgen und Probleme der Backnanger besser eingegangen werden.“ Als Beispiel nennt Düven die Bürgersprechstunde, „die es zwar gibt, von der viele Menschen aber gar nichts wissen. Da fehlt es einfach an der richtigen Werbung. Wir entwickeln uns immer mehr zu einer Zuschauergesellschaft, statt die Demokratie zu leben.“

Die BIG-Partei möchte als Bindeglied zwischen den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie der Stadtverwaltung fungieren. „Unsere Kandidaten sind überwiegend Deutsche mit Migrationshintergrund. Wir kennen die Kultur aus mehreren Ländern, sprechen oft mehrere Sprachen und kommen so viel besser an die Menschen heran. Wir wissen, wie wir miteinander umgehen können. Aber momentan fehlen einfach die Berührungspunkte, deshalb haben wir die Partei gegründet“, sagt Vorstandsmitglied Burhan Kir. So würde zur Verständigung der Menschen untereinander beispielsweise helfen, noch mehr gemeinsame und interkulturelle Veranstaltungen zu organisieren.

Am Anfang habe man Schwierigkeiten gehabt, eine Liste aufzustellen, dann sei allerdings der Knoten geplatzt und man habe plötzlich „viel mehr Leute gehabt, die mitmachen wollen, als Plätze auf der Liste. Unsere Stärke ist, dass wir uns aktiv gegen Diskriminierung und die Spaltung in der Gesellschaft einsetzen. Wir wollen zusammen wirken und gemeinsam hier leben“, so Düven. Darin sehen die Mitglieder der Partei allerdings auch die größte Herausforderung: „Nicht nur hier, aber wir leben ja hier, also sprechen wir auch über Backnang, haben die Menschen oft Anstand und Respekt voreinander verloren. Wer hier lebt und arbeitet, wer hier seine Steuern bezahlt, der sollte auch aktiv in der Gesellschaft dabei sein dürfen, egal woher er kommt“, sagt Vorstandsmitglied Ebubekir Yaliniz.

„Man kann Vorurteile nur abbauen, wenn man miteinander spricht“
Gegen das Vorurteil, man sei eine „Ausländerpartei“, habe man schon viel argumentieren müssen, allerdings gab es auch positive Rückmeldungen und sehr viel Unterstützung, so Yaliniz. „Und wir freuen uns auch, in Zukunft mit den anderen Parteien gemeinsam im Gemeinderat agieren zu können. Wir wollen ja alle dasselbe, nämlich das Beste für Backnang.“ In diesem Zusammenhang sei auch eine potenzielle Zusammenarbeit mit der AfD (Alternative für Deutschland) bereits Thema bei den BIG-Parteimitgliedern gewesen. Sollten es beide Parteien ins Gremium schaffen, wolle man sich „selbstverständlich auch offen mit den Vertretern der AfD zusammensetzen“. Allerdings gelte diese Bereitschaft nur für die kommunale Ebene, da sind Düven, Kir und Yaliniz sich einig. „Man kann Vorurteile nur abbauen, wenn man miteinander spricht. Nur dann kommt man weiter, nur dann kann etwas besser werden. Alles andere führt zu Distanz und die wollen wir nicht. Wenn man friedlich miteinander für diese Stadt etwas erreichen will, dann kommt man auch auf einen gemeinsamen Nenner, da sind wir uns sicher.“

Ob bei einem Sicherheitsdienst, bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum oder der Erhaltung und Unterstützung von bestehenden Backnanger Betrieben und Geschäften: Im Programm der BIG-Partei geht es vor allem um das „Wir“, um das gemeinsame Miteinander. „Unsere Stadt hat großes Potenzial, es ist viel mehr möglich, als bisher geschehen ist“, so Düven.

Die Kandidaten: Erdal Demir, Yunus Kahraman, Ahmet Karacuha, Aleen Resch, Yilmaz Ucan, Neslihan Yilmaz, Gülten Katirci, Harun Karakas, Mustafa Dik, Ramiz Azak, Yasemin Akinci, Mahmut Ceylan, Mustafa Aynur, Kenan Demirkapi, Enes Koyuncu, Hüseyin Akgün, Hatice Cildir, Salih Günes, Nihal Karakas, Adnan Ceylan, Musa Akinci, Harun Azak, Erol Ceylan, Halil Akgün, Muhdat Ekinci und Cevdet Karakas.

https://www.bkz.de/nachrichten/demokratie-wieder-leben-statt-nur-zuzuschauen-15931.html

WDR

Ihre Meinung

Sorgen, Streit, Beleidigungen - wie geht es weiter zwischen Deutschen und Türken?
23.03.2017

Nazibeleidigungen, Terrorismusvorwürfe, Beschimpfungen - der türkische Staatschef Erdogan lässt kaum etwas aus, um seiner Wut über Deutschland Ausdruck zu verleihen. Trotzdem sind etwa zwei Drittel der Deutsch-Türken Erdogan-Anhänger. Wie ist das möglich? Geht das überhaupt, einerseits in einer Demokratie zu leben und andererseits für die Errichtung einer Diktatur zu stimmen? Sehen die Deutschen die angeblich guten Seiten von Erdogan einfach nicht? Und wie ist das für die Deutsch-Türken, die nicht für Erdogan stimmen wollen? Immer wieder sagen sie, sie würden sich kaum mehr trauen, ihre Meinung laut zu sagen, würden angefeindet und ihre Familien in der Türkei seien gefährdet.



https://www.youtube.com/watch?v=-y5BpfkWJ18

„Türkei vor Schicksalswahl“: Serap Güler und Haluk Yildiz im Studiogespräch am 05.04.2017

"Ja" oder "Nein" zur Verfassungsreform? Über diese Frage stimmen die türkischen Wählerinnen und Wähler am 16. April ab. Und damit über nicht weniger als die Zukunft ihres Landes: Bleibt die Republik Türkei bei dem System der parlamentarischen Demokratie oder wird die Macht zukünftig allein beim Staatspräsidenten konzentriert? Erdogan wirbt offen für die Reform der Verfassung und polarisiert nicht nur in der türkischen Gesellschaft.

Auch in Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern tobt der Wahlkampf. Und gleichzeitig warnen deutsche Behörden vor Überwachungsmaßnahmen des türkischen Geheimdienstes in der Bundesrepublik.

phoenix-Moderator Thomas Bade geht der Frage nach, warum der türkische Wahlkampf bis nach Deutschland ausstrahlt und spricht darüber mit seinen Gästen Serap Güler, CDU Bundesvorstand, und Haluk Yildiz, Bundesvorsitzender der BIG-Partei.





https://www.youtube.com/watch?v=gWLZ4-9WAvo&t=448s

Politik | Phoenix-Runde

"Vor dem Referendum - Alle Macht für Erdogan?" - phoenix Runde am 05.04.2017

Am 16. April stimmen die Türken über eine neue Verfassung ab. Der türkische Staatspräsident Erdogan will seine Macht ausbauen und ein Präsidialsystem errichten. Er kämpft mit allen Mitteln um jede Stimme, denn der Ausgang ist ungewiss. Sein aggressiver Wahlkampf hat schon jetzt zu einer Spaltung unter Türken und Deutsch-Türken geführt.

Auch die Beziehungen zwischen Ankara und Berlin haben sich verschlechtert.
Wie kann die Spaltung wieder überwunden werden? Wie geht es weiter mit den deutsch-türkischen Beziehungen? Was passiert, wenn Erdogan das Referendum gewinnt?

Anke Plättner diskutiert u.a. mit:
- Christiane Hoffmann, Der Spiegel
- Haluk Yildiz, BIG Partei, Stadtrat Bonn
- Hilime Arslaner-Gölbasi, B90/Grüne, Stadtrat Frankfurt



https://www.youtube.com/watch?v=KF5PHoYzDxA

Erdogans langer Arm – türkische Spione in Deutschland | maybrit illner

https://www.youtube.com/watch?v=QZbTGpc2EwM



"maybrit illner" mit dem Thema "Erdoğans langer Arm – türkische Spione in Deutschland?" vom 30. März 2017. Die Gäste: • Stephan Mayer (CSU), Sprecher der Arbeitsgruppe Inneres der Unions-Bundestagsfraktion • Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), Haluk Yildiz Gründer der BIG-Partei (Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit)




maybrit illner
Haluk Yildiz
Vorsitzender der Migranten-Partei BIG







Haluk Yildiz, Gründer der BIG-Partei (Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit) und Mürvet Öztürk, Integrationspolitikerin im hessischen Landtag (fraktionslos) diskutierten bei Maybrit Illner über die Türkei.



Die Gäste am 30. März 2017



Stephan Mayer Innenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag



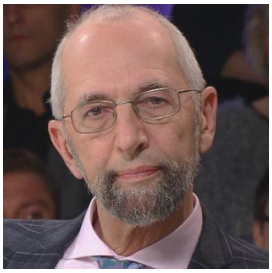
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ehemalige Bundesjustizministerin



Mürvet Öztürk Integrationspolitikerin im hessischen Landtag



Haluk Yildiz Gründer der BIG-Partei



Erich Schmidt-Eenboom Geheimdienst-Experte



Ralph Ghadban Islamwissenschaftler, Politologe

Türken in Deutschland, die beim Referendum mit Nein stimmen, können nur hoffen, dass ihre Wahl geheim bleibt. Denn Ankaras langer Arm reicht bis hier her. Die AKP versucht alles, um Gegner und Kritiker auch hierzulande unter Druck zu setzen: Spione, Spitzel – selbst Geistliche sollen ausspähen und denunzieren. Misstrauen, Angst und offene Feindschaft herrschen unter den knapp drei Millionen Deutsch-Türken. Lassen sich diese Risse jemals wieder schließen? Und was bedeutet das für das deutsch-türkische Verhältnis?
https://www.zdf.de/politik/maybrit-illner/erdogans-langer-arm-tuerkische-spione-in-deutschland-sendung-vom-30-maerz-2017-100.html

Maischberger zu "Die Islamdebatte Wo endet die Toleranz?" am 06.06. 2018

In dem Film „Unterwerfung" (ARD 20.15 Uhr) nach dem Roman des französischen Bestsellerautors Michel Houellebecq wird das Bild einer westlichen Gesellschaft gezeichnet, die sich nach und nach islamisiert. Ein Muslim wird Staatspräsident; er führt die Scharia, Polygamie und das Patriarchat ein. Wie abwegig ist diese Vision? Gibt es tatsächlich eine schleichende Islamisierung westlicher Demokratien? Sind wir zu nachsichtig gegenüber islamischen Bewegungen, die eine andere Gesellschaftsordnung wollen? Müssen wir unsere westlichen Werte stärker hervorheben und das christliche Weltbild wieder stärken? Oder wird der Islam zu Unrecht verunglimpft und kritisiert?
Darüber diskutiert Sandra Maischberger mit ihren Gästen direkt im Anschluss an die Ausstrahlung des Fernsehfilms „Unterwerfung".

- Julia Klöckner (CDU, stellvertretende Bundesvorsitzende)

Die Bundeslandwirtschaftsministerin warnt vor zu viel Toleranz gegenüber dem Islam. "Wir müssen doch nicht voraufklärerische Sichtweisen aus falscher Toleranz heraus unterstützen", sagt die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende. Auch seien Kopftuch und Burkini gewiss nicht modische Accessoires und Ausdruck religiöser Vielfalt. Deshalb müssten wir "unsere Werte hart durchsetzen", fordert die Ministerin. Julia Klöckner kritisiert, dass gegen sie schon öfter die "rot-grüne Keule" der "Islamfeindlichkeit" geschwungen wurde, weil sie sich geweigert habe, einen Imam zu treffen, der Frauen nicht die Hand gibt.

- Natascha Kohnen (SPD, bayerische Landesvorsitzende)

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende wirft Politikern der Union vor, Muslime auszugrenzen, statt sich um Integration zu bemühen: "Politik sollte für Zusammenhalt sorgen und nicht spalten. Die Antwort auf Islamismus darf nicht Ausgrenzung und Populismus sein." Millionen friedlicher Muslime in Deutschland würden pauschal verurteilt, glaubt die SPD-Landesvorsitzende in Bayern. Eine Debatte über eine deutsche Leitkultur hält Natascha Kohnen für unnötig: "Der Begriff ist Quatsch, er wird verwendet, um Menschen auszuschließen."

- Necla Kelek (Publizistin)

"Der Islam ist eine Unterwerfungsreligion, in der Männer das Sagen haben und Frauen rechtlos sind", kritisiert die türkeistämmige Soziologin. Unter dem Schild der Religionsfreiheit versuchten die Islamverbände und organisierte Muslime, ihre Version eines "religiösen Lebens" auch in Deutschland durchzusetzen, so die Publizistin: "Meine größte Kritik geht an alle fünf bürgerlichen Parteien, weil sie den politischen Islam als Bewegung nicht wahrnehmen wollen". Auch deshalb fordert Necla Kelek ein Islamgesetz: "Darin muss geregelt sein, was wir unter Religion verstehen. Unsere Gesellschaft, nicht die Eingewanderten, müssen bestimmen, wie sie sich Religion gedacht haben."

- Haluk Yildiz (Vorsitzender der BIG-Partei)

"Männer und Frauen sind im Islam gleichgestellt", sagt Haluk Yildiz, der vor acht Jahren die Migrantenpartei BIG gegründet hat und sie im Bonner Stadtrat vertritt. Der BIG-Partei wird von Kritikern Nähe zur Erdogan-Partei AKP vorgeworfen. Die Aussagen von Bundesministerin Julia Klöckner nennt der 52-Jährige Yildiz "frauenfeindlich und diskriminierend". Lehrerinnen und Richterinnen mit Kopftuch müssten seiner Ansicht nach in Deutschland selbstverständlich sein. "Dass man das Kopftuch heutzutage so instrumentalisiert, spricht nicht für die Errungenschaften der Demokratie in Europa", erklärt der BIG-Vorsitzende. Ebenso müsse man in Deutschland Verständnis dafür haben, wenn Muslime aus religiösen Gründen nicht am Schwimmunterricht teilnähmen oder ein Händeschütteln ablehnten.

- Jan Fleischhauer („Spiegel"-Autor)

"Die Muslime werden nicht die Mehrheit in Deutschland sein", sagt der Journalist. "Von den Schauergeschichten, die eine schleichende Islamisierung der deutschen Gesellschaft

beweisen sollen, entpuppen sich die meisten als Humbug." Dass dennoch viele Menschen Angst vor dem Islam haben, erklärt sich der "Spiegel"-Kolumnist mit dem sinkenden Interesse der Deutschen am Christentum: "Der Islam steht für die Faszination des Glaubens, den wir nicht mehr haben. In einer Gesellschaft, in der schon das sonntägliche Kirchengeläut als Störung empfunden wird, muss eine Versammlung von Menschen, für die Gott nicht Chiffre, sondern lebendige Realität ist, Beklemmung auslösen."
Zeitgleich zur Sendung „Maischberger" und schon zuvor zum Film stehen unter anderen das Filmteam (Regisseur Titus Selge, Produzent Clemens Schaeffer, Martina Zöllner, Leiterin Doku + Fiktion RBB) sowie die renommierte Islamwissenschaftlerin Prof. Dr. Ulrike Freitag von der Freien Universität Berlin den Zuschauern im Online-Chat des Ersten für Sachfragen und Kommentare zu Film und „Maischberger" zur Verfügung.
https://www.youtube.com/watch?v=gePbd08mBvM&t=876s





Maischberger vom 05.07.17 |

Gipfel der Nationalisten: Kann Merkel Trump und Co. zähmen?

Angela Merkel lädt zum G20-Gipfel nach Hamburg. Selten wurde das Spitzentreffen der mächtigsten Politiker der Welt mit so viel Spannung erwartet. Der US-Präsident Donald Trump ist zum ersten Mal in Deutschland und trifft dort auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin - auch das eine Premiere. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoðan sorgt im Vorfeld für Ärger, und G20-Gegner haben massive Proteste angekündigt. Kann Angela Merkel die unterschiedlichen Interessen zusammenführen oder wird der Streit eskalieren?

Die Gäste:

- Dieter Kronzucker (Fernsehmoderator)

Seit Jahrzehnten berichtet der Fernsehjournalist von den Gipfeltreffen der Weltmächte. So gefährlich wie momentan sei die politische Lage jedoch lange nicht gewesen. „Donald Trump ist ein Sicherheitsrisiko", warnt der langjährige Amerika-Korrespondent. Mit Russland stehe Amerika zunehmend in Konfrontation: „In Syrien kann es jeden Tag schief gehen, die Lage ist brandgefährlich." Die Türkei unter Erdoğan erlebe eine „rasende Islamisierung", analysiert der ehemalige Moderator des „heute journal" (ZDF). Deshalb begrüßt Dieter Kronzucker das Auftrittsverbot für den türkischen Präsidenten während des Gipfels.

- Sahra Wagenknecht, Die Linke (Fraktionsvorsitzende)

„G20 ist rausgeworfenes Geld, denn bei diesen Gipfeln ist bisher nie etwas Vernünftiges herausgekommen", sagt die Linken-Politikerin. In Hamburg würden nicht Problemlöser, sondern die entscheidenden Verursacher globaler Probleme am Tisch sitzen: „Durch ihre Kriege, ihre Waffenexporte, ihre ausbeuterische Wirtschaftspolitik sind viele G20-Staaten direkt verantwortlich für Armut und Tod auf dieser Welt", ist die Fraktionsvorsitzende überzeugt. Auch Angela Merkels Agenda würde von den Wünschen der Konzernlobbyisten bestimmt, erklärt Sahra Wagenknecht.

- Norbert Röttgen, CDU (Außenpolitiker)

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses malt ein düsteres Bild der aktuellen Weltlage und befürchtet einen Zusammenbruch der westlichen Weltordnung: „Es ist eine Minute vor Zwölf für Europa." Liberale und demokratische Werte seien sowohl durch Wladimir Putin als auch durch Donald Trump akut bedroht, sagt der ehemalige Bundesminister. Er hält die USA derzeit nicht für einen verlässlichen Partner. „Es gibt immer noch keine amerikanische Außenpolitik", kritisiert Norbert Röttgen und ergänzt, dass US-Präsident Trump nicht in der Lage sei, die Nato zu führen.

- Joachim Steinhöfel (Rechtsanwalt und Publizist)

Der Hamburger Anwalt für Wettbewerbs- und Presserecht glaubt nicht, dass die Kanzlerin beim G20-Gipfel wirklich Einfluss auf Trump oder Putin haben wird. „Merkel bringt weltpolitisch nichts voran. Wenn jemand als Stabilitätsanker fungiert, dann ist das Amerika", sagt der ehemalige TV-Moderator. Der Politik-Blogger gewinnt der Politik des US-Präsidenten auch Positives ab. Er befürwortet Trumps Einreisestopp für muslimische Länder und findet den Austritt der USA aus dem Klimaabkommen nachvollziehbar. Joachim Steinhöfel hält die Kanzlerin auch für machtlos gegenüber Erdoğan. „Merkel hat Deutschland mit ihrer Flüchtlingspolitik in eine hochproblematische Situation hineinregiert und ist damit erpressbar geworden."

- Haluk Yildiz (BIG-Partei)

Der Gründer und Parteivorsitzende der BIG-Partei verurteilt das Redeverbot für den türkischen Präsidenten Erdoğan scharf: „Erdoğan wird in Deutschland immer dämonisiert." Der deutsche Staat könne nicht den zwei Millionen hier lebenden türkischen Staatsbürgern das Recht vorenthalten zu hören, was der Präsident zu sagen habe. „Seine Reden in Deutschland sind immer sehr verbindend", betont der deutsch-türkische Unternehmensberater. Die Anti-Erdoğan-Haltung der Bundesregierung sei „allein politisches Kalkül aus Wahlkampfgründen", glaubt Haluk Yildiz.

https://www.youtube.com/watch?v=rj65chb_FOI





BIG Parteivorsitzender Haluk Yildiz TV Auftritte

Maischberger vom 15.03.2017

Zwischen Wilders und Erdogan: Europa in der Populistenfalle?

Der Konflikt zwischen Europa und der Türkei spitzt sich zu: Wie stark wird der Streit die niederländischen Wähler beeinflussen? Wird die Konfrontation zwischen Europa und Erdogans Türkei eskalieren?

https://www.youtube.com/watch?v=aP9PcPYxbiU





Zwischen Wilders und Erdogan: Europa in der Populistenfalle?

Die Wahl in den Niederlanden könnte richtungsweisend für Europa werden. Bekommen die Populisten um Wilders und Le Pen Aufwind – oder werden sie gebremst? Ausgerechnet jetzt, nach dem Verbot der Wahlkampfauftritte von AKP-Politikern in den Niederlanden, spitzt sich der Konflikt zwischen Europa und der Türkei weiter zu: Nazi-Vergleiche und Warnungen vor einem Diktator vergiften die Debatte. Wie stark wird der Streit die niederländischen Wähler beeinflussen? Wird die Konfrontation zwischen Europa und Erdogans Türkei eskalieren?

Ursula von der Leyen, CDU (Bundesverteidigungsministerin)



Die Verteidigungsministerin warnt vor einer weiteren Verschärfung in der Auseinandersetzung um türkische Wahlkampfauftritte in Europa. *"Der heiße Wahlkampf in den Niederlanden und in Deutschland um das türkische Referendum gehen vorbei. Aber Europa und die Türkei werden immer benachbart bleiben"*, mahnt Ursula von der Leyen. Die stellvertretende CDU-Parteivorsitzende stellt allerdings klar, der Regierung in Ankara müsse klargemacht werden, *"dass mit unerträglichen Nazi-Vergleichen einige türkische Politiker ihr Rederecht selbst infrage stellen"*.

Christian Lindner, FDP (Parteivorsitzender)



Der FDP-Parteivorsitzende fordert ein sofortiges Verbot aller Wahlkampfauftritte türkischer AKP-Minister in Deutschland. Die Bundesregierung sollte dem Beispiel der Niederlande folgen und *"die systematische türkische Staatspropaganda auf deutschem Boden unterbinden, in dem sie zeitweise die Einreise türkischer Regierungsmitglieder verhindert"*, erklärt Christian Lindner. *"Die lasche Haltung der Bundesregierung empört mich. Es ist ein falsches Verständnis von Toleranz, den Gegnern der Meinungsfreiheit zu gewähren."* Angela Merkel betreibe das Spiel von Herrn Erdogan, indem sie nicht klare Kante zeige, so der liberale Spitzenmann.

Jeroen Akkermans (niederländischer TV-Journalist)



Der niederländische Deutschland-Korrespondent des Fernsehsenders RTL 4 ist nicht überrascht über die hohen Zustimmungswerte für den Rechtspopulisten Geert Wilders. *"Viele Menschen in Holland haben Angst, beispielsweise vor gewalttätigen Jugendlichen. Die Stimmung ist gerade auf unseren Straßen sehr aggressiv"*, erklärt der preisgekrönte

Fernsehreporter. *"Das ganze Land ist nach rechts gerückt. Wir sind längst nicht mehr eine so tolerante Gesellschaft, wie man in Deutschland annimmt."* Dennoch glaubt Jeroen Akkermans nicht, dass Wilders Regierungschef der Niederlande wird.

Sylke Tempel (Außenpolitikexpertin)



Die Chefredakteurin der Zeitschrift "Internationale Politik" kritisiert die rigorose Verbotspolitik der Niederlande gegenüber Auftritten türkischer AKP-Politiker. *"Das ist innenpolitisch motiviert, Geert Wilders hat das vorangetrieben"*, analysiert die Journalistin: *"Erdogan, Putin und Trump sind Machos und Oberegos. Sie stehen für einfache Lösungen. Es bringt nichts, ihr Machotum mit Gegenmachotum zu beantworten."* Sylke Tempel unterstützt stattdessen den bedachten Kurs der Kanzlerin: *"Angela Merkel kann mit viel Geduld und Spucke komplizierte Verknotungen auflösen."*

Haluk Yildiz (deutsch-türkischer Politiker)



Der Gründer und Parteivorsitzende der BIG-Partei, die sich in Deutschland besonders an Migranten wendet, warnt davor mit *"dem Zeigefinger auf die Türkei"* zu zeigen. Die Kritik an Erdogan sei oft *"einseitig und undifferenziert"*. So würde man die Polarisierung der deutschen Gesellschaft vorantreiben und verleite *"junge Deutsch-Türken dazu, noch türkischer zu sein"*, glaubt Haluk Yildiz. Die Absage von Wahlkampfveranstaltungen türkischer Minister kritisiert der deutsch-türkische Unternehmensberater *"als billiges Spiel"*.

Necla Kelek (Publizistin)



"Erdogan versucht, uns türkischstämmige Deutschen zu instrumentalisieren, um die notwendigen Stimmen für sein Referendum zu bekommen. Es kann sehr knapp für ihn

werden, deswegen braucht er jede Stimme", sagt die Soziologin und plädiert für ein absolutes Auftrittsverbot türkischer Wahlkämpfer in Deutschland. Die Tochter türkischer Eltern wurde 1995 Deutsche und kritisiert die doppelte Staatsbürgerschaft: *"Hier leben zu wollen und für einen Präsidenten aus dem Herkunftsland zu sein, sogar für die Türkei sterben zu wollen, das zerreißt uns! So kommen wir nie zur Ruhe und nicht als Bürger dieses Landes an."*
http://www.daserste.de/unterhaltung/talk/maischberger/sendung/zwischen-wilders-und-erdogan-europa-in-der-populistenfalle-100.html





WAZ

Neue BIG-Partei will auf Dialog setzen

Michael Mrosek

24.04.2017

WESEL. **Vor Wahlen, so wie jetzt in NRW, bemühen sich üblicherweise die Parteien von der Öffentlichkeit in besonderer Weise wahrgenommen zu werden. So machen es auch Parteien, die es noch nicht so lange gibt oder die man nicht zu den bekannten oder etablierten Parteien zählt. Am Freitagabend hatte der Weseler Cihan Sarica, der bis Anfang Dezember 2016 Mitglied des Integrationsrates der Stadt Wesel war, eine Informations-Veranstaltung über die Themen und Positionen der BIG-Partei (Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit), die sich vorrangig an Migranten richtet, organisiert.**

Vor Wahlen, so wie jetzt in NRW, bemühen sich üblicherweise die Parteien von der Öffentlichkeit in besonderer Weise wahrgenommen zu werden. So machen es auch Parteien, die es noch nicht so lange gibt oder die man nicht zu den bekannten oder etablierten Parteien zählt. Am Freitagabend hatte der Weseler Cihan Sarica, der bis Anfang Dezember 2016 Mitglied des Integrationsrates der Stadt Wesel war, eine Informations-Veranstaltung über die Themen und Positionen der BIG-Partei (Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit), die sich vorrangig an Migranten richtet, organisiert.

„Wir sind da!“

Rund zwanzig, meist türkischstämmige, interessierte Personen waren der Einladung ins Vereinsheim von Anadolu Spor Wesel gefolgt. Gastredner des Abends, Gründer und wohl auch bekanntestes Gesicht der BIG-Partei ist der Bundesvorsitzende Haluk Yildiz, der in den letzten Wochen mehrfach auch Gast in diversen TV-Talkshows war.

In den einleitenden Worten von Cihan Sarica fanden sich Statements wie „Wir (Migranten) sind Teil von Deutschland und wollen Deutschland mitgestalten.“ Besonders vermisst werde, laut Sarica, die Anerkennung und der Respekt für die Leistungen der Migranten durch die Gesellschaft und die deutsche Politik. So formulierte er: „Wir haben immer gesucht, aber irgendwie sind wir nicht angekommen.“

Und als Überleitung zum Parteivorsitzenden Haluk Yildiz meinte Sarica: „Wir sind da, irgendwann muss man uns wahrnehmen.“ Dann stellte sich Haluk Yildiz mit vielen Daten, Fakten und persönlichen Erlebnissen als türkischer Geschäftsmann vor und wie er erste Schritte als Politiker - Yildiz ist im Bonner Stadtrat - wagte.

Wichtigste Aspekte der BIG-Partei sind, laut Yildiz, der Abbau von Vorurteilen gegenüber Migranten und Muslimen, das Aufbrechen festgefahrener Strukturen in Politik und Gesellschaft sowie die Anerkennung muslimischen Lebens und Kultur. Kritik übte Haluk Yildiz besonders am Integrationsverständnis der Politik. „Die etablierten Parteien repräsentieren nicht die Erfahrungen, Bedürfnisse und Erlebnisse von Migranten, selbst wenn sie schon jahrzehntelang in Deutschland leben und arbeiten und die deutsche

Staatsangehörigkeit haben“, beklagte Yildiz. Die Lösung kann für ihn nur „Dialog“ heißen.

Besser noch wäre die gemeinsame Arbeit auf gleicher Augenhöhe an den Problemen der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Nach einer kurzen Diskussionsrunde klang der Infoabend mit Getränken, Pizza und Gesprächen aus.

„Die Gründung eines Kreis- bzw. Ortsverbands der BIG-Partei ist für Ende Juni geplant“, stellte Cihan Sarica das weitere lokale Vorgehen in Aussicht.
https://www.waz.de/staedte/wesel-hamminkeln-schermbeck/neue-big-partei-will-auf-dialog-setzen-id210344303.html

BIG-Chef Yildiz: Referendum bringt die Türkei effektiv voran – „Proteste normal“

POLITIK

20.04.2017

Das Referendum vom 16. April wird die Türkei politisch stabilisieren. So sieht es zumindest Haluk Yildiz, Vorsitzender der deutsch-türkischen Partei „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ (BIG-Partei). Sie gilt als der türkischen Regierungspartei AKP nahe stehend. Yildiz meint, dass das Ergebnis des Referendums das Land voranbringe.

© AFP 2017/ GEOFFROY VAN DER HASSELT

Der deutsch-türkische Politiker bezeichnete es im Gespräch mit Sputnik als normal, dass es Proteste gegen das Abstimmungsergebnis gibt. „Nach 94 Jahren ist ein Systemwechsel für keine Gesellschaft so einfach zu verdauen. Insofern wird es Proteste geben, aber ich denke mit der Zeit wird sich das auch legen und legen müssen.“ Das Ergebnis mit einer knappen Mehrheit für „Ja“ sehe er nicht als Problem. „Angela Merkel wurde mit 41 Prozent gewählt, das heißt 59 Prozent waren gegen sie“, erinnerte Yildiz an deutsche Ergebnisse. „Da redet auch keiner von einer Spaltung.“

Die Regierung in Ankara sei nun gefordert, das Präsidialsystem „richtig umzusetzen und zu implementieren“. Für den BIG-Chef ist die Botschaft der Abstimmung: „Macht bloß keine Fehler, weil das ein knappes Ergebnis ist. In fünf Jahren kann es ganz anders aussehen.“

„Kritische Haltung ist berechtigt“ – Keine Manipulationen

© SPUTNIK/ GRIGORI SYSOJEV

Yildiz widersprach den Manipulationsvorwürfen, die die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) nicht bestätigt habe. Er bezeichnete Andrej Hunko, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei und am 16. April als Wahlbeobachter in der Türkei dabei, als Propagandisten der kurdischen PKK. „Die Linkspartei ist ja mittlerweile sozusagen zu einem Sprachrohr der PKK in Europa geworden.“ Berichte von Hunko und anderen Wahlbeobachtern über Druck auf die Abstimmenden bezeichnete der deutsch-türkische Politiker als „Einzelgeschichten“.

Während des Referendums galt der Ausnahmezustand in der Türkei weiter. „Ich fand das sehr gut“, kommentierte Yildiz, „weil wir zum ersten Mal, im Osten und Süd-Osten der Türkei, reale Stimmen haben“. Bisher hätten die Menschen dort bei Wahlen Angst vor dem Druck der PKK gehabt, von der sie bedroht worden seien. „Das konnte die PKK diesmal nicht, weil natürlich ihre Gebiete zurzeit sehr stark unter der Kontrolle des türkischen Militärs stehen.“

© SPUTNIK/ ERHAN DEMIRTAŞ

Für den BIG-Vorsitzenden ist nicht überraschend, dass in den drei größten Städten Istanbul, Ankara und Izmir das Nein-Lager vorne lag. Diese Kritiker seien nicht gegen Präsident Recep Tayyip Erdogan, sondern würden befürchten, dass das angestrebte Präsidialsystem „in falsche Hände“ gelangen könnte. „Insofern denke ich, ist diese kritische Haltung sehr berechtigt, aber letztendlich entscheidet das Gesamtergebnis. Und das Volk hat ja so knapp auch nicht entschieden. Es sind immerhin drei Prozent Vorsprung.“

Der Politiker widersprach der Analyse, dass vor allem die in der Bundesrepublik lebenden wahlberechtigten Türken das Ergebnis beeinflusst hätten. „Die Differenz bei dem Referendum in Deutschland war ungefähr 100.000 Stimmen der Ja-Sager mehr. Wenn wir nun insgesamt 1,4 Millionen Differenz haben, kann man nicht sagen, die Deutsch-Türken hätten das Ergebnis bestimmt.“

Yildiz kritisierte die Berichterstattung deutscher Medien über das Referendum als „sehr, sehr verzerrt und sehr miserabel“. „Es gibt eine sehr starke Verleumdungskampagne gegen Präsident Erdogan und gegen die türkische Staatsführung.“ Es gebe viele Falschbehauptungen und falsche Informationen. Das habe auch Folgen für die in Deutschland lebenden Türken, so der BIG-Chef. Türkischstämmigen Geschäftsleuten würden sogar Aufträge gekündigt, behauptete er, weil ihnen unterstellt werde, sie seien Erdogan-Anhänger.

© REUTERS/ STRINGER

Der deutsch-türkische Politiker blickt nach dem Referendum optimistisch in die Zukunft des Landes: „Denn die Gewaltenteilung wird gestärkt. Die Judikative wird unabhängiger. Die Legislative muss sich sozusagen auf ihren Kern, auf die Gesetzgebung konzentrieren. Die Staatsführung muss gut arbeiten, damit die Legislative letztendlich auch die Gesetze bestätigt. Der Staatspräsident kann ja keine Gesetze erlassen. Das kann ja nur das Parlament.“

Schwierigkeiten bei einem „Systemwechsel, der nicht jeden Tag passiert“ seien normal. „Aber ich denke, dass eben durch diese Einmann-Staatsführung die Dinge effektiver werden.“ Koalitionen würden auf Dauer nicht funktionieren, so Yildiz: „Es gab in den 94 Jahren der türkischen Demokratie 65 Wahlen. Also 65 verschiedene Koalitionen. Das hat dem Land eher geschadet. Und mit diesem Gesetz ist die Zeit der Koalitionsära eigentlich vorbei.“

https://de.sputniknews.com/politik/20170420315424578-yildiz-referendum-tuerkei/

Hier spricht der große Vorsitzende

17. 09. 2013

Doris Akrap

„Wir stellen den Außenminister“

Ihre Wahlstimmen laufen unter „Sonstige“: die Kleinstparteien. Die taz lässt sie sprechen. Diese Mal: Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit, BIG.



Auf sie hofft die BIG: junge WählerInnen. Bild: dpa

taz: Herr Yildiz, waren Sie mal Klassensprecher?
Haluk Yildiz: Ja. Auf dem Gymnasium in der 9. Klasse.

Was wollen Sie werden, wenn Sie mal groß sind?
Ich hab ausgerechnet, dass wir nach zwölf Jahren zweitstärkste Partei in Deutschland werden. Wir werden den Vizekanzler stellen und folglich den Außenminister. Das ist kein Joke. In den großen Städten hat jeder Zweite unter 18 einen Migrationshintergrund, und diese Leute identifizieren sich mit uns am stärksten. Diese Menschen werden Wähler werden, und wir werden viel bekannter sein. Deswegen ist das kein Traum, sondern ein Ziel, das wir erreichen können.

Sind Sie für die Fünfprozenthürde?
Wir sind für die Abschaffung, weil diese Hürde die Leute, die kleine Parteien wählen wollen, davon abhält, zur Wahl zu gehen.

Was haben Sie gegen das ’Schulfach schwul‘?
Das war eine Überschrift der *BZ*. Wir haben die nur übernommen. Das wurde in den Medien in verschiedene Richtungen gezogen. Wir haben uns nicht gegen Schwule oder Lesben gestellt, sondern gegen den Schulsenator, der eine komische Vorstellung hat, wie man Vorurteile abbauen kann. Indem man mit Dildos spielt, Darkroomspiele macht oder Rollenspiele, in denen die Kinder schwul oder lesbisch spielen sollen, baut man keine Vorteile ab, im Gegenteil.

Vielen Dank und viel Erfolg bei der Wahl.
Danke. Schönen Tag.

im Interview:
Haluk Yildiz



ist Bundesvorsitzender von BIG. Die Partei wirbt mit dem Slogan „Think BIG“.
http://www.taz.de/!123828/

BİZİM GAZETE-UNSERE ZEITUNG
Post
10 yıl

BIG PARTEI stellt sich vor

30. August 2013

BIG PARTEI

Wie steht es heute um die Migration?

- Migration wird häufig defizitorientiert und zu selten als Gewinn betrachtet. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Islamfeindlichkeit nehmen zu und die davon ausgehenden Gefahren werden nicht ernst genug genommen. Der UN-Menschrechtsausschuss betrachtet Sarrazins Thesen als Rassismus. Ein rassistisches Buch ist in Deutschland das meistverkaufte Buch nach Ende des 2. Weltkrieges. Das Bewusstsein, dass Sarrazins Aussagen rassistisch sind, ist bei der Mehrheit der Bevölkerung nicht vorhanden. Repräsentative Studien belegen, dass Rassismus in die Mitte der Gesellschaft gerückt und damit gesellschaftsfähig geworden ist. Auch Aussagen von Politikern wie u.a. Buschkowsky, Seehofer und Bouffier, die vor der Einwanderung aus islamischen Ländern warnen und bewusst Ängste schüren, werden nicht als Rassismus verurteilt. Das Recht der freien Meinungsäußerung wird häufig missbraucht, um menschenverachtende Aussagen zu tätigen.

- Dringend erforderlich ist das Herausarbeiten einer gemeinsamen werteorientierten Identität aller in Deutschland lebenden Menschen. Bisher erfolgt die Suche nach der deutschen Identität überwiegend durch Abgrenzung. Abgrenzung bedeutet Ausgrenzung. Diskussionen rund um die „Leitkultur“ und die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehöre oder nicht, sind kontraproduktiv und spalten die Gesellschaft. Ein Innenminister Friedrich, der sich bei seiner Antrittsrede gegen den damals amtierenden Bundespräsidenten Wulff stellte und behauptete, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre, und der Anfang des Jahres sogar sagte: „Ich kämpfe für ein christliches Europa.“, ist eine völlige Fehlbesetzung. Das Bundesamt für Verfassungsschutz untersteht dem Bundesministerium des Inneren. Vor dem Hintergrund der sogenannten „Aufklärungspannen“ der NSU Mordserie, bei der acht Muslime hingerichtet wurden, sind solche Aussagen besonders verwerflich. Weder Medien noch Politik haben diese aggressive und vielfaltsfeindliche Kampfansage des Innenministers verurteilt, nicht einmal kommentiert.

- Wir brauchen ein Miteinander auf Augenhöhe, und keine hierarchische Bewertung von Andersartigkeit. „Willkommenskultur“ bleibt ein leeres Wort ohne Inhalt. Deutschland ist aufgrund des demographischen Wandels auf Einwanderung angewiesen, doch verliert durch die vorhandene Einstellung an Attraktivität und den weltweiten Wettbewerb um die besten EinwandererInnen. Auch von den in Deutschland lebenden MigrantInnen verlassen viele

Hochqualifizierte inzwischen das Land, da sie sich zunehmend unwohl und nicht willkommen fühlen, obwohl viele von ihnen hier geboren sind. Um den sozialen Wohlstand zu wahren ist das Land jedoch auf Einwanderung angewiesen. Ein Exportweltmeister benötigt für seinen Erfolg eine weltweite Akzeptanz und interkulturelle Zusammenarbeit, um erfolgreich bleiben zu können.

Welche Integrationspolitik verfolgt Ihre Partei? (Rückblick – Gegenwart)
- BIG steht für Respekt und Wertschätzung, für die Anerkennung von Unterschieden und die Nutzung vorhandener spezifischer Potenziale. Das Miteinander muss gestärkt werden nach dem Motto: „Gemeinsam sind wir Deutschland.“.

- In Deutschland lebende Migranten sind doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen, die Anzahl von Diskriminierungsmeldungen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat sich seit der Sarrazin-Debatte verdoppelt, Grundschüler mit Migrationshintergrund erhalten bei gleicher Leistung schlechtere Noten und seltener Gymnasialempfehlungen, bei gleicher Qualifikation erhalten Bewerber mit Migrationshintergrund 20 % weniger Ausbildungsplätze, Migranten werden auf dem Wohnungsmarkt häufig diskriminiert und räumlich segregiert: BIG setzt sich für den Abbau von Benachteiligungen und ein gerechtes Miteinander ein.

Welche integrationspolitischen Ziele haben Sie sich gesetzt?
- Partizipation erhöhen: Die Menschen hier im Land müssen ein Recht auf Gleichberechtigung haben. Dazu gehört auch das Recht auf gleichberechtigte Mitsprachemöglichkeiten. Wenn Menschen seit vielen Jahren in Deutschland leben oder sogar hier geboren sind und nicht wählen bzw. sich nicht politisch engagieren dürfen, ist das aus unserer Sicht diskriminierend und undemokratisch. Menschen sollten sich unabhängig ihrer Herkunft an allen Wahlen beteiligen können, und nicht nur an Kommunalwahlen. Als potentielle WählerInnen würden die Bedürfnisse der Menschen dadurch mehr Berücksichtigung finden bei den etablierten Parteien.

- Aufstiegschancen erhöhen: Durch die Schaffung von Chancengerechtigkeit müssen soziale Aufstiegschancen verbessert und die zunehmende Diskrepanz zwischen arm und reich abgebaut werden. Das deutsche Bildungssystem ist zu selektiv und fördert Parallelstrukturen. Maßnahmen im Bereich der Inklusion verlaufen unkoordiniert und benötigen eine stärkere finanzielle Förderung. Gerade für Migranten sollten ausgleichend zu der häufigen Mehrfachbenachteiligung die Aufstiegschancen gezielt erhöht werden.

- Vorurteile abbauen: Die Anti-Diskriminierungsarbeit an Schulen muss ausgebaut werden und LehrerInnen benötigen spezifische Schulungen im Umgang mit sozialer und kultureller Unterschiedlichkeit. Bereits in den Lehrplänen der Lehrerausbildung sollte vermehrt auf die Vermittlung von Interkultureller Kompetenz gesetzt werden. Die Anti-Diskriminierungsgesetze sollten verschärft und die Verstöße härter geahndet werden. Auf kommunaler Ebene sollten Antidiskriminierungsbüros errichtet werden.

- Gemeinsamkeiten betonen: Bei Nutzung der unterschiedlichen Potenziale müssen die Gemeinsamkeiten mehr betont werden durch die Erarbeitung einer gemeinsam definierten werteorientierten Identität.

- Potenziale nutzen: Spezifische Potenziale von Migranten wie Mehrsprachigkeit und Interkulturelle Kompetenz müssen im Bildungsbereich gezielt gefördert und für das spätere

Berufsleben ausgebaut werden. Somit können Potenziale nicht nur effizient genutzt werden, es entsteht darüber hinaus ein Bewusstsein für den Mehrwert von kultureller Vielfalt.

- Interkulturelle Öffnung ausbauen und Vorbilder schaffen: In öffentlichen Ämtern ist der Anteil der kulturellen Vielfalt zu gering. Neben dem Ausbau der Interkulturellen Kompetenz durch Mitarbeiterschulungen sind vor allem Maßnahmen entscheidend, um den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Führungsfunktionen zu erhöhen. So werden Vorurteile abgebaut, Potenziale genutzt und Vorbilder geschaffen. Gerade in den Bereichen Verwaltung, Lehramt und Polizei gibt es einen enormen Nachholbedarf.

- Einwanderung erleichtern und Hochqualifizierte binden: Um die benötigte Einwanderungszahlen zu erreichen müssen die gesetzlichen Hürden gesenkt werden, vor allem die der Familienzusammenführung. Um auch hochqualifizierte Menschen dauerhaft an Deutschland binden zu können, bedarf es einer familienfreundlichen Einwanderungspolitik. Ausländischen StudentInnen werden nach Abschluss ihres Studiums mit Bedingungen konfrontiert, die dazu führen, dass nur jeder vierte Student nach seinem Studium im Land bleibt. Um die benötigten Fachkräfte im Land halten zu können müssen diese Hürden abgebaut und Anreize geschaffen werden. Andernfalls rentieren sich die Investitionen in die Qualifikation der ausländischen StudentInnen nicht und wichtige Potenziale bleiben ungenutzt.

- Flüchtlinge und Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus menschenwürdig behandeln: Flüchtlinge haben ein Recht auf menschenwürdige Unterbringungen, dazu gehört eine angemessene Größe an Wohnraum. Anstatt von Kettenduldungen sollte aus ethischen und integrationspolitischen Gründen ein sicherer Aufenthaltsstatus ermöglicht werden. Abschiebungen von einzelnen Elternteilen und Minderjährigen bzw. Abschiebungen in Krisengebiete sollten grundsätzlich verboten werden.

- Rechtliche Gleichstellung von Religionsgemeinschaften: Die Religionsgemeinschaften in Deutschland sollten rechtlich gleich behandelt werden.

Wo wird sich Deutschland in Zukunft als modernes Einwanderungsland in der Welt positionieren?

- Deutschland ist weit davon entfernt, ein „modernes Einwanderungsland“ zu sein. Das Bewusstsein dafür, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, hat die Politik gerade erst erreicht. Das Wanderungssaldo ist seit 2010 erstmals wieder positiv, vorher wäre die Bezeichnung „Auswanderungsland“ zutreffender gewesen. Ein „Einwanderungsland“ ist Deutschland inzwischen, die Einwanderungs- und Integrationspolitik ist jedoch nach wie vor zu restriktiv um von einem „modernen Einwanderungsland“ sprechen zu können. Das wäre für Kanada weitaus zutreffender.

Was halten sie von der doppelten Staatsbürgerschaft?

- Die Doppelte Staatsbürgerschaft ist eine notwendige Voraussetzung für ein gerechtes Miteinander. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist zudem ein Zeichen der Wertschätzung von kultureller Vielfalt, die Optionspflicht lehnt BIG kategorisch ab. Die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft sollte allen Menschen unabhängig ihrer Nationalität gewährleisten werden. Die bisherige Handhabung widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung, da die doppelte Staatsbürgerschaft bisher nur Menschen einzelner Nationalitäten ermöglicht wird.

Schadet die doppelte Staatsbürgerschaft der Integration?
- Nein, sie fördert die Integration durch die Wertschätzung der kulturellen Wurzeln und die Möglichkeit der Wahlbeteiligung.

Politische Partizipation: Welche Bedeutung hat für Sie das kommunale Wahlrecht für nicht EU-Bürger?
- Jeder in Deutschland lebende Mensch sollte sich auch am politischen Meinungsbildungsprozess beteiligen können. Eine Unterscheidung in EU- und Nicht-EU-BürgerInnen widerspricht der Gleichberechtigung, fördert Parallelstrukturen, Benachteiligungen und Stigmatisierungen.

Gibt es in ihrer Partei Bundestagskandidaten mit Migrationshintergrund?
- Überwiegend.

Visapflicht für türkische Staatsbürger/Geschäftsleute: Aus welchem Grund wird die Visapflicht für Türken nicht aufgehoben?
- Die Frage sollten die etablierten Parteien beantworten. Für die BIG gibt es keine Antwort auf die Frage, warum die Visapflicht für Türken nicht aufgehoben wird. Vermutlich spielen Ängste und Vorurteile eine große Rolle, die eine erfolgreiche Integration der in Deutschland lebenden Türken maßgeblich erschweren.

Welche Bedeutung hat der muttersprachliche Unterricht für die Integration?
- Der muttersprachliche Unterricht spielt eine große Rolle bei der Integration. Es geht hierbei um die Nutzung vorhandener Potenziale, aber auch um das Zeichen der Wertschätzung von kultureller Unterschiedlichkeit. Das Beherrschen der Muttersprache erleichtert wesentlich das Erlernen einer Zweitsprache, daher ist der Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts auch aus sprachlicher Sicht sinnvoll. Und später möglicherweise sogar auch aus ökonomischer Sicht.

Bildung – Integration: Wie können wir die Bildungsintegration der Migrantinnen und Migranten verbessern?
- Die Bildungsintegration kann durch den Abbau von Diskriminierungen und spezifische Förderungen ermöglicht werden.
- Für den Bildungsbereich fordern wir:
- flächendeckende Gemeinschaftsschulen
- mehr LehrerInnen und kleinere Klassen
- die Einrichtung, den Erhalt bzw. den Ausbau von muttersprachlichem Unterricht
- Schulassistenten, -sozialarbeiter und –psychologen für alle Schulen
- verstärkte Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche

Beitrittsverhandlungen EU- Türkei: Ist eine Vollmitgliedschaft der Türkei mittelfristig realistisch?
- Ein Beitritt wäre aus vielerlei Hinsicht sinnvoll und wichtig für die EU. Aufgrund der Vorbehalte einiger etablierter Parteien ist der bereits lang versprochene Beitritt mittelfristig betrachtet jedoch vermutlich unrealistisch.

http://www.postgazetesi.com/big-partei/

Das Interview von ProMosaik e.V. mit Haluk Yildiz, dem BIG-Vorsitzenden

Liebe Leserinnen und Leser von ProMosaik e.V.,

Wir möchten Herrn Haluk Yildiz der BIG-Partei vorab erneut den Dank von Seiten unserer Redaktion für seine Verfügbarkeit aussprechen, so detailliert auf die Fragen unserer Redaktion zu den Thema Muslime in Deutschland, Islamfeindlichkeit, Integration, Erziehung, Medien und Menschenrechte, um die wichtigsten von ihnen zu nennen, eingegangen zu sein. Er hat sich sogar über Netanjahu und Pro-Köln und Pro-NRW geäußert, somit fast heldenhaft!



Wir von ProMosaik e.V. hatten uns bereits mehrmals mit dem Thema der Islamophobie in Europa auseinandergesetzt. Der Anstoß kam vor allem von der Buchübersetzung des Werkes der niederländischen Autorin Ineke van der Valk, das Frau Dr. Rampoldi 2014 in die deutsche und italienische Sprache übersetzte, um die Forschung über die Islamophobie in Europa zu fördern.

Islamfeindlichkeit ist ein ganz besonderer Typ von Rassismus und Stigmatisierung, der vor allem die muslimischen Frauen in Europa sehr stark trifft. Im Interview mit Herrn Yildiz finden sich interessante positive Anstöße, wie man diesem Phänomen aktiv entgegenwirken kann.



Rechtsradikalen Parteien mit ihren leeren Parolen können wir Fans der bunten Welt voller Mosaike sehr wohl entgegenwirken. Wir haben diesen Menschen auch etwas entgegenzusetzen: unsere Religion, unsere Vielfalt, unsere Erziehung und vor allem unser Wissen. Daher sehen wir die Bedeutung der Erziehung zur Vielfalt als einen wesentlichen Ansatzpunkt zwecks Aufbaus einer authentischen multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft ohne islamfeindliche Haltungen und ohne Hetze gegen die muslimischen Bürgerinnen und Bürger.

Aber nun möchte ich gerne Herrn Yildiz das Wort überlassen.

Wir freuen uns alle sehr auf Ihre Zuschriften zu diesem faszinierenden Interview.
Dankend

Dr. phil. Milena Rampoldi
Redaktion von ProMosaik e.V.

1) Wie sehen Sie die Chancen der Muslime in Deutschland heute, sich mit der Islamfeindlichkeit in Deutschland auseinanderzusetzen und diese einzudämmen?



(Quelle: noz.de)

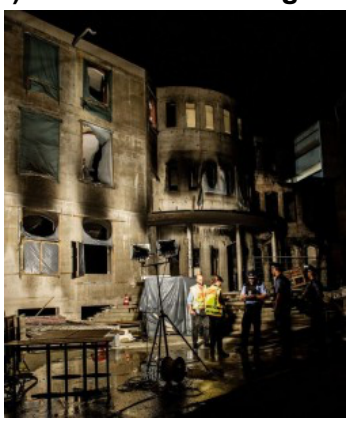
Die Islamfeindlichkeit in Deutschland wird hauptsächlich von den Medien, aber auch von etablierten politischen Parteien gefördert, teilweise unbewusst, teilweise wohlwissentlich in Kauf genommen. Muslime werden häufig als homogene Gruppe präsentiert, die fremd, nicht integrierbar, rückständig und gewaltbereit ist, und somit eine Gefahr für Demokratie, sozialen Frieden und Wohlstand darstellt. Dem müssen sich islamische Verbände widersetzen, indem sie Aufklärung bezüglich der bestehenden Vorurteile betreiben und die breite Öffentlichkeit sowie relevante Institutionen vermehrt über islamische Inhalte informieren. Insbesondere im Bereich der Begrifflichkeiten müssen sie für Klarheiten sorgen. Denn Begriffe bestimmen das Bewusstsein. Begriffe wie Islamismus widersprechen dem Glaubensverständnis des Islam. Der Islam ist eine große Weltreligion und darf weder von Muslimen noch von Nicht-Muslimen instrumentalisiert oder ideologisiert werden. Dies zu gewährleisten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Muslimen wird schnell eine Täterrolle zugeschrieben, aber anscheinend ungern eine Opferrolle. Denken wir an die Mordopfer des NSU, von denen fast alle Muslime waren: Niemand hat von ihrer religiösen Identität berichtet. Nachdem sie erst als Döner bezeichnet wurden („Dönermorde“) waren sie anschließend die „türkischen Kleinunternehmer“. Begehen zwei Jugendliche jedoch eine Straftat, heißt es schnell: Die muslimischen Jugendlichen, obwohl ihre Konfession nichts mit dem Begehen der Straftat zu tun hat. Auf der einen Seite wird die Konfession ausgeblendet, auf der anderen Seite werden bestimmte Themen fälschlicherweise religiösiert. Das fördert die Stimmungsmache gegen Muslime.

Für Muslime ist es sehr schwer, sich öffentlich mit Islamfeindlichkeit auseinanderzusetzen. Medial findet die Islamfeindlichkeit kaum Beachtung, wie aktuell die Moscheebrände verdeutlichen, die, wenn überhaupt, lediglich vereinzelt als Randnotiz dienen. Die Islamfeindlichkeit wird nicht als Straftatbestand erfasst, was dringend notwendig ist, um

Entwicklungen verfolgen und die vorhandene Islamfeindlichkeit mit Fakten belegen zu können. Selbst wenn die Indizien nach Straftaten eindeutig sind, wird eine politische und rassistische Motivation von den Ermittlungsbehörden häufig unerklärlicherweise ausgeschlossen. Den dabei zugrundeliegenden Ursachen müssen wir alle gemeinsam nachgehen. Gerade für Muslime ist es äußerst schwer, sich mit dem Thema der Islamfeindlichkeit auseinanderzusetzen, da ihre Ängste nicht ernst genommen werden und ihnen in den Diskussion in der Regel zumindest eine Mitschuld zugeschrieben wird, so dass sie sich plötzlich rechtfertigen oder von irgendetwas distanzieren müssen.

2) Was möchten Sie gerne zum Moscheebrand in Berlin sagen?

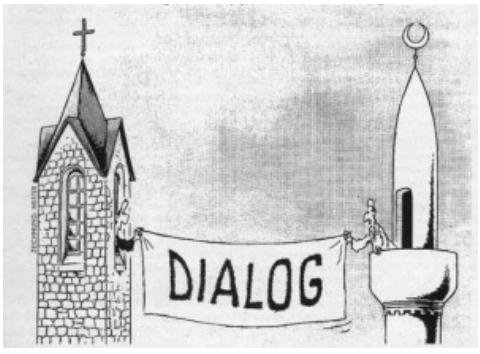


(Quelle: bild.de)

Die Moscheebrände in Berlin und Bielefeld sind islamfeindlich motiviert und müssen als solche ernst genommen werden. Die Anschläge sollten für Muslime ein Warnsignal sein, sich mit den Gründen der Islamfeindlichkeit in Deutschland auseinanderzusetzen und Strategien zu entwickeln, wie man diesen erfolgreich begegnet.

Die geringe Anteilnahme der deutschen Politiker ist erschreckend. Sie lässt vermuten, dass die ansteigende Islamfeindlichkeit bereits bekannt ist, daher keine Verwunderung durch die Anschlagsserie ausgelöst wurde, und Berührungsängste mit Muslimen stark verbreitet sind. Das sind die Folgen von jahrelangen Fehlinformationen und dem systematischen Schüren von antimuslimischen Ressentiments.

3) Wie können wir Muslime die Medienlandschaft in Deutschland positiv und dynamisch beeinflussen?



(Quelle: we are the church)

Muslime müssen mehr Tages- und Wochenzeitungen sowie Zeitschriften lesen und Leserbriefe sowie Kommentare schreiben. Die Printmedien sind mit stark rückläufigen Absatzzahlen konfrontiert und befinden sich daher zunehmend in einem wirtschaftlichen

Überlebenskampf. Muslime müssen stärker als Käufergruppe wahrgenommen werden. Darüber hinaus sollten sich mehr Muslime in Medienunternehmen engagieren.

In vielen Redaktionen sind keine Muslime aktiv, daher kommt es zu dieser häufig einseitigen und verzerrten Sichtweise. Bei den öffentlich rechtlichen Sendern gibt es für alle möglichen teils noch so kleinen Zielgruppen spezielle Sendungen, nicht aber für die Gruppe der Muslime. Muslime sollten sich auch in den Rundfunkräten beteiligen können, das wäre ein Zeichen des Miteinanders. Die Berichterstattung über die BIG Partei verdeutlicht, dass die Partizipation und Teilhabe von Muslimen lediglich dafür genutzt wird, um vorhandene Vorurteile und Ängste weiter zu festigen. Auf der einen Seite wird regelmäßig die mangelnde Integrationsbereitschaft von Muslimen verurteilt, wenn aber andererseits der Schritt zur Beteiligung erfolgt, dient dieser lediglich dem Schüren von Überfremdungsängsten. Geben Sie im Internet doch einfach mal „BIG Partei“ als Suchbegriff ein und schauen Sie, was Ihnen da so alles angezeigt wird. Einen Unterschied zwischen rechtsextremen Medien und der so genannten seriösen Presse werden Sie leider nicht finden können. Und wenn Sie sich die Texte dann mal genauer anschauen, werden Sie merken, dass es sich in allen Fällen um bloße Vermutungen handelt. Über die BIG Partei wird lediglich im negativen Kontext berichtet. Politische Inhalte wie die vielen Initiativen beispielsweise im Bonner Stadtrat werden vollständig ausgeblendet. Lediglich die religiöse Identität vieler Mitglieder, die bei den Mitgliedern anderer Parteien überhaupt keine Rolle spielt, scheint bei uns von besonderer Bedeutung zu sein. Die einzigen Medien, in denen neutral berichtet wird, sind Medien von Menschen mit interkulturellen Wurzeln. Die „typisch deutsche Zeitung“ blendet die Partei entweder komplett aus, oder stellt sie gezielt verzerrt dar.

Schauen wir uns mal an, wie es auch aussehen könnte. In England sind Muslime und Menschen mit Migrationshintergrund in allen Gesellschaftsschichten vertreten, es gibt einige muslimische TV-Sender, Polizistinnen mit Kopftuch, muslimische Bürgermeister. Und das alles in einem Land, in dem der Anteil von Muslimen geringer ist als in Deutschland.

Durch das in Deutschland vorherrschende kulturelle Überlegenheitsgefühl und die defizitäre Betrachtungsweise fördern wir Ausgrenzung. Durch Ausgrenzung treiben wir manch strukturell benachteiligte, diskriminierte oder missachtete Muslime in die Hände von Radikalen, die das Schwarz-Weiß-Denken für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren. Wir müssen kulturelle Vielfalt und Unterschiedlichkeit anerkennen, anstatt sie ständig zu bewerten, um sie schlussendlich als etwas Defizitäres darzustellen. Sonst erreichen wir genau das Gegenteil von dem, was ein weltoffenes und friedliches Land ausmacht.

4) Was bedeutet für einen Muslim im Westen heute das sozio-politische Handeln?



Muslime sollten sich in der Gesellschaft, konkret in ihrer Stadt oder ihrem Wohnviertel, verstärkt sozial einbringen, z.B. durch aktive Nachbarschaftlichkeit oder die Teilnahme an sozialen Aktivitäten, um dadurch das Miteinander zu fördern. Entscheidend ist auch die politische Teilhabe, um sich für Gerechtigkeit in allen Bereichen, die die Gesellschaft betreffen,

einzusetzen. Heute ist es in besonderer Weise wichtig, dass Muslime sich sozial und/oder politisch engagieren. Nur so können Vorurteile, Berührungs- und Überfremdungsängste aufgedeckt, anschließend abgebaut und Gemeinsamkeiten erkannt werden.

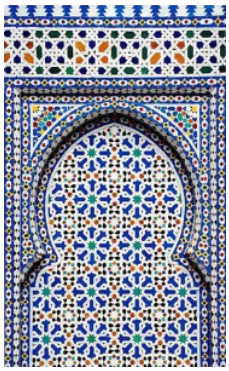
5) Wie können wir Muslime heute zum Kampf gegen die Menschenrechtsverletzungen beitragen?



Indem wir Menschenrechtsverletzungen klar definieren und uns für Projekte gegen Menschenrechtsverletzungen aktiv einsetzen oder sie, falls sie noch nicht vorhanden sind, ins Leben rufen.

Hinter Menschenrechtsverletzungen stehen in der Regel wirtschaftliche und politische Interessen. Als sogenannte Wirtschaftsmacht müssen wir das Handeln unseres Landes dabei stark hinterfragen. Menschenrechtsverletzungen erfolgen häufig durch Waffengewalt. Deutschland ist weltweit der drittgrößte Waffenexporteur. Das heißt, dass viele der Menschenrechtsverletzungen durch Deutschland erst möglich gemacht, und im Umkehrschluss, dass viele der Menschenrechtsverletzungen durch Deutschland aber auch gestoppt werden könnten. Dazu brauchen wir den politischen Willen und den notwendigen Politikwechsel.

6**) Was denken Sie über unser Symbol des Mosaiks als Ausdruck einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft?**



Das Mosaik ist ein schönes Symbol für die Einheit in Vielfalt. Denn alle Mosaiksteine sind unterschiedlich und bewahren ihre Identität, doch zusammen ergeben sie ein harmonisches Gesamtbild.

7) Wie sehr denken Sie, dass die Angst dazu beiträgt, sich politisch für den Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit und die Islamhetze zu entscheiden, wie es bei Parteien wie ProNRW und ProKÖLN der Fall ist?



(Quelle: koeln.de)

Diese rechtspopulistischen Parteien nutzen die Angst vieler Bürger aus, um gegen Muslime oder andere Gruppen wie osteuropäische Einwanderer etc. zu hetzen. Wenn wir an Städte in Ost- oder Süddeutschland denken, fällt auf, dass gerade in den Regionen, in denen der Ausländeranteil verschwindend gering ist, die Ausländerfeindlichkeit häufig besonders ausgeprägt ist. Das verdeutlicht, dass Ängste durch Unkenntnis entstehen. Um diese Unkenntnis abzubauen, brauchen wir vermehrt den Dialog. Diesen müssen wir verstärkt fördern, Informationen schaffen und den nachbarschaftlichen Umgang miteinander pflegen. Dazu gehört auch, dass sich die Moscheen in Deutschland noch stärker öffnen und beispielsweise Freitagspredigten auch in Deutsch halten. Rechtsextreme Parteien werden jedoch nicht nur aus Angst gewählt, sondern häufig auch als Zeichen des Protests gegen die Politik der etablierten Parteien. Genau diese Wählergruppen möchten die Rechtsextremen ansprechen, wie einige ihrer Wahlkampfslogans verdeutlichen. Die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien und die steigende Politikverdrossenheit stellt eine große Gefahr für unsere Demokratie und das demokratische Miteinander dar.

Insbesondere in Zeiten des Wahlkampfes bedienen sich leider auch die etablierten Parteien dem Schüren von Angst vor kulturellen Minderheiten. Denken wir doch beispielsweise an den Wahlkampfslogan der CSU „Wer betrügt, der fliegt“, mit dem sie vor einer vermeintlichen Ausbeutung des Sozialsystems durch Osteuropäer warnen wollte. Andere Parteien wie die SPD greifen im Wahlkampf häufig Themen auf wie die Doppelte Staatsbürgerschaft oder den getrennten Schwimmunterricht, um Migranten oder insbesondere Muslime als Wähler zu gewinnen. Nach der Wahl geraten diese Themen dann leider immer in Vergessenheit. Der Wahlkampf erfolgt daher häufig auf Kosten der Migranten, die lediglich als Mittel zum Zweck gesehen werden. Das stellt eine Gefahr für den sozialen Frieden dar und schadet dem respektvollen Miteinander auf Augenhöhe.

8) Welche Ziele verfolgen Sie persönlich in Ihrer täglichen politischen Arbeit?

Meine Parteifreunde und ich versuchen zunächst die legitimen Bedürfnisse, Erwartungen und Sorgen unserer Mitmenschen in unserem Umfeld wahrzunehmen sowie zu verstehen, indem wir ihnen zuhören und mit ihnen kommunizieren. Anschließend geht es darum gesellschaftsorientierte, gerechte und pragmatische Lösungen zu entwickeln, auf diese

aufmerksam zu machen und sie politisch umzusetzen. Dabei betreiben wir viel Aufklärungsarbeit, erklären Ursachen und Auswirkungen und vermitteln relevantes Wissen. In der Gemeinschaft sind wir erfolgreicher als lediglich mit ein paar guten Einzelspielern. Abgesehen davon fühlen wir uns aus ethischer Sicht dazu verpflichtet, keinen auf der Strecke zu lassen.

9) Was würden Sie Netanyahu heute sagen?



Er wird unehrenhaft in die Menschheitsgeschichte eingehen. Er handelt weder gerecht im Sinne der Menschenrechte noch gerecht im Sinne des israelischen Volkes, das ein Unrecht aus eigener geschichtlicher Erfahrung nicht dulden sollte.

Netanyahu sollte wie ein Milosevic als Kriegstreiber und Verantwortlicher für Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor den internationalen Gerichtshof in Den Haag gestellt werden.

10) Wie wichtig ist Erziehung heute für die Muslime im Westen?



Eine gute Erziehung ist für alle Menschen der Schlüssel zum Erfolg. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollten gemeinsam mit ethisch-religiösen Inhalten gelehrt werden. Denn beides bedingt und bestätigt einander. Einseitiges Wissen verleitet die Menschen zu verkürzten Sichtweisen, was der Gesamtrealität der Schöpfung, also dem Sinn des Seins, widerspricht.

Bildung ist für alle Menschen von elementarer Bedeutung, ganz unabhängig ihrer religiösen Identität. In Deutschland haben wir ein Schulsystem, in dem weit aus stärker selektiert wird als in den europäischen Nachbarländern. Von Chancengerechtigkeit sind wir daher in ganz besonderer Weise weit entfernt. Mit dem 12-jährigen Abitur wurde das Schulsystem den Interessen der Industrie angepasst, anstatt einem humanistischen Menschenbild zu folgen. Wir müssen am Bildungssystem einiges in Frage stellen und für die Zukunft auch hier nach neuen Perspektiven suchen.
http://www.promosaik.com/das-interview-von-promosaik-e-v-mit-haluk-yildiz-dem-big-vorsitzenden/

H. YILDIZ (BIG PARTEI): “WIR SIND VÖLLIG UNABHÄNGIG VON DER AKP”

17-09-2012

„**Andere-Parteien.de**“ sprach in einem Interview mit **Haluk Yildiz,** dem **BIG Bundesvorsitzenden**. **Das Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit** (kurz: BIG; Eigenschreibweise: Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit) ist eine 2010 in Köln gegründete deutsche Kleinpartei. Wir haben über den aktuellen Stand der Parteientwicklung nachgefragt und nach Anworten gesucht, wieso der große Wahlerfolg bisher ausgeblieben ist.

Andere-Parteien.de: 2009 wurde das Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit unter großer Medienaufmerksamkeit gegründet, in den vergangenen Monaten ist es wieder stiller um BIG geworden. Wo steht die Partei aktuell? Wie viele Mitglieder haben Sie und wo sind Sie aktiv?

Haluk Yildiz (BIG Bundesvorsitzender): Aktuell sind wir in neun Bundesländern mit ca. 40 Kreisverbänden vertreten und zählen bundesweit ca. 1.000 Mitglieder. Die Zahl steigt langsam aber kontinuierlich, was das Interesse an unserer Partei verdeutlicht. Uns war von Anfang klar, dass es ein langer Weg werden wird. Aber mit dem Ziel eines erfolgreichen und friedlichen Deutschlands vor Augen machen wir auch gerne kleine Schritte. Die Art der Berichterstattung macht es uns leider nicht einfach und zeigt häufig, wie ungern eine neue Partei gesehen wird, und vor allem eine Partei, die viele Migranten in den eigenen Reihen hat. Die Stigmatisierungen, bewusst platzierten Vorurteile und gezielt geschürten Ängste verdeutlichen die fehlende Neutralität der Medien und ihr Agieren als politische Meinungsmacher.

Andere-Parteien.de: Haben Sie besondere Hochburgen?

Yildiz : Da wo wir bereits bekannt sind, haben wir auch viele Mitglieder und WählerInnen. Ob Köln, Frankfurt, Berlin, Hamburg, ob Nordrhein-Westfalen oder Bayern, wir wachsen überall relativ gleichmäßig. Wir geben uns Mühe, für alle Interessierten da zu sein, gehen daher in die Breite und konzentrieren uns nicht nur auf einzelne Orte.



Haluk Yildiz BIG Bundesvorsitzender

Andere-Parteien.de: Braucht Deutschland eine muslimische Partei?

Yildiz : Was ist eine „muslimische Partei“? Deutschland braucht eine Partei, die sich mit den Herausforderungen des demographischen Wandels nachhaltig auseinandersetzt. Wir benötigen jährlich mindestens 200.000 Einwanderer, sonst werden wir maßgeblich an Wirtschaftskraft verlieren und auch das bisherige Rentensystem, basierend auf dem Generationenvertrag, wird scheitern. Eine der wesentlichen Gefahren liegt in einer zunehmenden Verarmung Deutschlands. Aus diesem Bedarf heraus müssen wir uns dringend dafür einsetzen, dass wir ein attraktives Einwanderungsland werden und uns interkulturell öffnen. Die Panikmache vor anderen Kulturen und Religionen sowie vorhandene Überlegenheitsgefühle sind kontraproduktiv, schaden unserem internationalen Ansehen und somit auch uns. Abgesehen davon müssen die vielen Potenziale von Menschen, die bereits in Deutschland leben aber aufgrund ihres sozialen, kulturellen oder religiösen Hintergrundes benachteiligt werden, besser genutzt werden. Eines unserer Hauptanliegen ist die Schaffung von Chancengleichheit und -gerechtigkeit in allen Lebens- und Arbeitsbereichen.

Andere-Parteien.de: Warum konnten Sie bei den vergangenen Landtagswahlen nicht die 5%-Hürde überwinden. Laut aktueller Statistiken sind weit über 5% der wahlberichtigen Deutschen Muslime.

Yildiz : Bei den letzten Landtagswahlen in NRW haben wir zum zweiten Mal teilgenommen. Wir sind mit vielen neuen KandidatInnen angetreten, die natürlich erst einmal ihre Wählergruppen erreichen müssen. Das alles braucht Zeit und die nehmen wir uns. Das, was über 50 Jahre vor allem im Integrationsbereich miserabel gelaufen ist, können wir nicht in einigen Monaten zum Positiven ändern. Unsere Zielgruppe ist nicht begrenzt auf nur Muslime oder nur Migranten.

Andere-Parteien.de: Warum sind Muslime bei Ihnen besser aufgehoben als z.B. in der CDU, die bekanntlich auch eine hohe Anziehungskraft für muslimische Bürger besitzt.

Yildiz : Dass die CDU eine hohe Anziehungskraft auf Muslime hat, wage ich stark zu bezweifeln. Jeder Mensch soll selbst entscheiden, wo er politisch am Besten aufgehoben ist. Den Menschen in unserem Land geht um nachhaltige, sozial gerechte Politik. Davon ist die CDU weit entfernt.

Andere-Parteien.de: In verschiedenen Medienberichten wird die BIG als Ableger der türkischen Regierungspartei AKP bezeichnet? Stimmt dies?

Yildiz : Wir sind kein Ableger und völlig unabhängig von der AKP. Der Spiegel hat einen verleumderischen Artikel mit einer fragwürdigen Grafik veröffentlicht, in dem uns Verbindungen zur AKP, aber auch zur Hamas, Scientology, zu Gaddafi, … unterstellt wurden. Wir haben uns mit einer Gegendarstellung an die Spiegel-Redaktion gewandt, die es bis heute vermieden hat, darauf zu reagieren. Ich verstehe auch warum. Die Hetzkampagne diente ausschließlich politischen Zielen und vor allem dem Berliner Wahlkampf, da der Spiegel vermutlich große Angst hatte, dass die SPD viele Stimmen verlieren wird. Viele ehemalige SPD WählerInnen sind inzwischen bei uns, da sie eine Partei

mit Sarrazins und Buschkowskys nicht mehr vertreten können. Auch der Spiegel Artikel ist wieder ein Beweis für die gezielte politische Meinungsmache der “neutralen Berichterstattung“. Es geht um Einfluss, Macht, Daseinsberechtigung durch Sensationsmeldungen,… Traurig daran ist, dass sich viele MedienvertreterInnen nicht mehr ihrer Verantwortung bewusst zu sein scheinen.

Andere-Parteien.de: Welche Beziehungen pflegt die BIG zur AKP?

Yildiz: Wie bereits erwähnt sind wir völlig unabhängig von der AKP. Leider wird auch an Ihren Fragen deutlich, welche Bilder und Stigmata bei Ihnen geweckt worden sind: Fünf der zehn Fragen beziehen sich auf „Muslime“ oder die AKP. Diese Vorurteile müssen die Medienvertreter endlich überwinden.

Andere-Parteien.de: Was sind Ihre primären Ziele?

Yildiz: Unsere Ziele bestehen unter anderem darin, unser wirtschaftliches, politisches und gesellschaftliches Miteinander zu stärken, Chancengleichheit- und -gerechtigkeit zu ermöglichen durch den Abbau von Benachteiligungen, die Mitsprachemöglichkeiten und Partizipation von Minderheiten und sozial Benachteiligten zu erhöhen, das Bildungsangebot auszubauen durch mehr individuelle Förderung, mehr Ethik in der Politik zu verankern und auch die Wirtschaft an dem ethischen Verantwortungsbewusstsein zu beteiligen, usw. Wir stehen für Innovation und soziale Gerechtigkeit: Nur notwendige Reformen bringen uns voran. Wir wollen unser Land zukunftsfähig und nachhaltig gestalten.

Andere-Parteien.de: Mit welcher Partei im deutschen Parteienspektrum würden Sie am ehesten zusammenarbeiten?

Yildiz: Wir sehen in allen Parteien kleine Schnittmengen, aber mehr auch nicht. Letztendlich hängt eine Kooperation von einzelnen politischen Positionen ab, in wieweit sich diese mit unseren Forderungen und ethischen Vorstellungen decken.

Andere-Parteien.de: Würden Sie sich eher als links oder rechts im Parteinspektrum ansiedeln?

Yildiz: Weder noch. Wir stehen für eine pragmatische, realpolitisch und ideologiefreie Politik sowie für ein ethisch verantwortetes Handeln. Dazu gehört eine offene Grundhaltung, die weder links noch rechts besetzt sein braucht, sondern korrekt, lösungsorientiert, glaubwürdig sowie nachhaltig ist.

Daher ist unser Motto: „Think BIG!”: nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ.
Vor allem: Veränderungen beginnen im Kopf!

Interview: Tobias Schlitzke
http://andere-parteien.de/2012/09/16/17-09-2012/

DEUTSCH TÜRKISCHE NACHRICHTEN

Haluk Yıldız (BIG): “Wir haben Muslime und Christen in der Partei”

Deutsch Türkische Nachrichten, Felix Kubach | 17.09.11

Haluk Yıldız, Vorsitzender der Partei Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG), spricht im Interview über die Chancen bei der Berliner Landtagswahl am Sonntag und die Schwerpunkte der von Muslimen gegründeten Partei, in der inzwischen auch viele Christen ihren Platz finden.

Deutsch Türkische Nachrichten: *Die BIG ist in Deutschland noch relativ unbekannt. Wer oder was ist BIG – wofür steht die Partei, was sind Ihre Schwerpunkte?*

Haluk Yıldız: Bildungspolitik, Familienpolitik, Wirtschaftspolitik. Außerdem Partizipation im Sinne von direkter Demokratie – jeder Bürger, der in Deutschland lebt, soll sich am politischen Meinungsbildungsprozess beteiligen können. Doppelte Staatsbürgerschaft ist eine unserer zentralen Forderungen für die Menschen, die bereits mindestens fünf Jahre mit Aufenthaltsrecht in Deutschland leben und arbeiten, also auch Geld in die Sozialkassen einzahlen.

“Wir wollen eine zinslose Wirtschaft”

Was genau fordern Sie in der Wirtschaftspolitik?

Haluk Yıldız: Wir wollen eine zinslose Wirtschaft. Kurzfristig ist das nicht machbar, aber es ist möglich, dass man über solch ein System nachdenkt.

…und in der Bildungspolitik?

Haluk Yıldız: Wir wollen Gemeinschaftsschulen wie in Skandinavien oder Kanada. Kinder sollen neun Jahre zusammen lernen, allerdings mit Frühförderung. Das heißt, sie sollen vor der Schule individuell gefördert werden, damit sie die gleichen Startbedingungen haben. Insgesamt sind wir die einzige Partei, die sagt: Wir sind für Identitätserhalt. Wir meinen damit: Egal was jemand für eine ethnische oder soziale Herkunft hat, er darf seine Kultur behalten und trotzdem Deutscher sein. Das gilt nicht nur für Migranten, sondern indirekt auch für Deutsche. Denn wer seine Geschichte und seine Werte nicht kennt, kann auch seine Zukunft nicht selbst bestimmen. Jeder sollte seine Identität kennen. Vielfalt wird ökonomisch wie sozial der Schlüssel sein, damit Deutschland auch weiterhin stabil bleibt.

“Wir wollen keine ideologische Verbindung”

Kritiker sehen in der Partei eine Nähe zu Erdogans AKP in der Türkei, der Fethullah Gülen-Bewegung oder auch zu Milli Görüs. Was davon stimmt denn nun?

Haluk Yıldız: Es gibt absolut überhaupt null Verbindung. Wir kennen natürlich alle Parteien in der Türkei aufgrund unserer Herkunft. Wir kennen auch ihre Funktionäre. Wir haben alle

Parteien in der Türkei einzeln besucht, um eben auch eines klar zu stellen: dass wir weder eine organische noch eine ideologische Verbindung haben wollen. Das wäre auch sehr fatal, denn wir haben Menschen in unserer Partei, die was türkische Politik betrifft unterschiedliche Ansichten haben.

Was entgegnen Sie jenen, die Sorge vor einer türkischen Politik in Deutschland haben?

Haluk Yıldız: Man sollte Menschen nicht auf ihre ethnische Herkunft reduzieren. Wir haben einen Wirtschaftsminister Philipp Rösler, der ethnisch zumindest vom Aussehen her anders ist – aber trotzdem Politik für Deutschland macht. Das bedeutet, die türkisch- oder andersstämmigen Menschen machen keine Politik für irgendeine Zielgruppe. Das würde keinen Sinn machen. Wir machen Politik für Deutschland.

Die BIG ist eine von Muslimen gegründete Partei. Sicherlich begegnen Sie da oft Vorbehalten von Deutschen. Wie räumen Sie diese aus?

Haluk Yıldız: Viele der Gründer sind bei der Gründung am Anfang sicherlich Muslime gewesen. Aber mittlerweile haben wir auch sehr viele Christen in der Partei. In Bonn haben wir sogar die Situation, dass 40 Prozent unserer Mitglieder Christen sind. Politik ist Vertrauenssache. Sobald das Vertrauen in die Konzepte oder in die Person einer Partei da ist, finden die Menschen auch in der Politik dieser Partei ihren Platz, ob sie nun Muslime oder Christen sind.

“Intimität gehört nicht in den öffentlichen Raum”

Irritationen gab es bezüglich der Position der Partei zur Homosexualität, als Sie Flyer verteilten, auf denen Sie vor Unterricht in der Grundschule warnten, in dem Homosexualität behandelt wird. Wie ist der Standpunkt der Partei heute in dieser Frage?

Haluk Yıldız: Wir haben klar gesagt, die Würde jedes einzelnen Menschen ist unantastbar, egal welche Neigung, Religion oder Orientierung er hat. Wichtig aber ist, und genau das haben wir gesagt, dass die Intimität aus dem öffentlichen Raum herausgehalten wird. Es ging uns nicht um Diskriminierung. Ganz im Gegenteil: Wir erkennen das Partnerschaftsgesetz an, aber nicht die Gleichstellungsversuche der SPD/Grüne/Linke/FDP der Homo-Ehe mit der Ehe zwischen Mann und Frau. Wir haben in den Schulplänen in der Handreichung des Berliner Schulsenats gesehen, dass bei dem Thema sehr einseitig und sehr werbend, also schon mit Rollenspielen ab dem Kindesalter, vorgegangen wird. Wir sagen, viele Sachen gehören nicht unbedingt in den öffentlichen Raum. Selbstverständlich sind wir für Aufklärung, darüber zu reden dass man Menschen achten soll, auch wenn sie andere Neigungen haben. Aber auf der anderen Seite muss ich nicht ins Detail gehen und Kindern sagen, wie es denn funktioniert. Die Kinder haben ja auch zum Teil andere kulturelle Hintergründe. Die Familie muss und darf ja auch mit erziehen. Diese Werte kann man nicht einfach aushebeln und andere Werte für allgemeingültig erklären. Also noch einmal: Intimität gehört nicht in den öffentlichen Raum, Anti-Diskriminierung und Anti Rassismus müssen in den öffentlichen Raum.

Welche Chancen rechnen Sie sich am Sonntag in Berlin aus?

Haluk Yıldız: Wir denken sehr prozessorientiert. Ob es nun fünf Prozent werden oder weniger, ist für uns kein Indikator für Erfolg oder Nichterfolg. Wir sind ja schon erfolgreich, dass wir zugelassen worden sind. 22 Parteien wurden von 38 Antragsstellern zugelassen in Berlin. Wir rechnen uns in bestimmten Stadtteilen gute Chancen aus, aber da es der erste Test ist in Berlin, wissen wir es nicht.

Interessiert Migranten überhaupt deutsche Politik?

Haluk Yıldız: Mit Sicherheit! Zumindest sind wir diejenigen, die dafür sorgen wollen, dass sich Migranten viel mehr für deutsche Politik interessieren. Die Migranten haben sich bisher zum Teil nur nicht interessiert, weil sie sich nicht mit den Poltikern identifizieren konnten. Irgendeinen “Ali” als Politiker aufzustellen nützt nichts, wenn die Inhalte der jeweiligen Partei, die diese kommuniziert, bei den Wählern gar nicht ankommen. Wir wollen Realpolitik machen, nicht über Namen, sondern über Inhalte.

Mit welchen konkreten Schritten kann das Zusammenleben von Deutschen und Migranten verbessert werden?

Haluk Yıldız: Auf jeden Fall müssen wir für einen offenen Dialog sorgen. Die einzige Lösung ist, den Bürgern zu erklären, dass Links- oder Rechtpopulismus, wie er in anderen europäischen Ländern bereits stark in den Parlamenten vertreten ist, keinen Sinn macht. Deutschland ist bislang noch davon verschont geblieben, aber die Gefahr besteht auch hier. Aber die Probleme unter den Teppich zu kehren, macht auch keinen Sinn. Es muss Reibung geben unter der Berücksichtigung der Werte des Gegenübers. Es braucht also Vermittler, die zwei oder mehrere Gruppen zusammenbringen und moderieren, anstatt sie gegeneinander aufzuhetzen wie es meist der Fall ist, wenn man etwa äußert “Multikulti ist tot” oder “Es braucht eine Leitkultur”. Es sind keine Migranten-Probleme, sondern soziale Probleme und diese muss man sozial lösen und nicht über Ethnien oder über Diffamierung. Und ich glaube, wir als Partei können das, weil wir beide Seiten vertreten. Wir sind anteilig Migranten und wir sind anteilig Einheimische. Das können viele von sich nicht unbedingt behaupten.

Interview: Felix Kubach

http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2011/09/193720/haluk-yildiz-big-wir-haben-muslime-und-christen-in-der-partei/

WELT ONLINE

Multikulturelle Partei kämpft gegen Migranten-Stigma

Von Günther Lachmann | Veröffentlicht am 18.08.2011



Quelle: picture alliance / dpa/dpa

"Nein zu Sarrazin!" – Nicht nur rechte Parteien werben mit dem prominenten Namen: Auch das "Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit" nutzt ihn zur Abgrenzung im Berliner Wahlkampf

Keine Partei wächst so schnell wie die BIG-Partei. Sie hat Mitglieder aus 21 Nationen und lehnt gleichgeschlechtliche Ehen und Zinsgeschäfte ab.

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September tritt erstmals auch die BIG-Partei (Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit) an. Sie hofft vor allem auf Stimmengewinne in den Bezirken Kreuzberg und Neukölln. "Welt Online" sprach mit dem Bundesvorsitzenden Haluk Yildiz über Inhalte und Ziele der BIG-Partei.

Welt Online: Herr Yildiz, warum haben Sie die BIG-Partei gegründet?

Haluk Yildiz : Weil wir der Ansicht sind, dass die etablierten Systemparteien zu viele gravierende Fehler gemacht haben und immer noch machen. Sie haben in der Bildungspolitik versagt. Sie haben in der Finanzpolitik versagt.
Sie haben versagt, weil ausgebildete Forscher Deutschland fluchtartig verlassen. Und die haben die demografische Katastrophe zugelassen, um nur einige Punkte zu nennen. Wir wollen dazu beitragen, diese Entwicklungen umzukehren.

Welt Online : Wie?

Yildiz : Wir müssen das Schulsystem reformieren. Bis zur neunten Klasse sollte es nur eine gemeinsame Schulform geben, die sogenannte Gemeinschaftsschule. Die aktuellen Pisa-

Studien, in denen gerade die Länder wie Finnland, Kanada oder Japan mit Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschulen regelmäßig die vorderen Plätze belegen, bestätigen unseren bildungspolitischen Ansatz.
Die Selektion der Schüler in die verschiedenen Schulformen wirkt sich besonders für sozial benachteiligte Schüler, Migrantenkinder und Kinder mit Behinderungen negativ aus. Wir brauchen beispielsweise bilinguale Schulen. Warum gibt es keine Schulen, die Türkisch, Arabisch oder Polnisch als Zweitsprache anbieten? Alle drei Gruppen sind in der deutschen Gesellschaft stark vertreten, finden sich aber im Bildungssystem nicht wieder.

Welt Online : Schüler können doch bereits an einigen Schulen Türkisch als Fremdsprache wählen…

Yildiz : …aber es sind nur wenige Schulen in wenigen Städten, die diese Möglichkeit bieten. Wer woanders lebt, bekommt diese Chance nicht. Und das wollen wir ändern. Ich bin davon überzeugt, dass Deutschland ökonomisch davon profitieren würde, wenn Türkisch als Fremdsprache unterrichtet würde.
Denken Sie nur an das enormen Wirtschaftswachstum in der Türkei und die sich daraus ergebenen Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Im Übrigen haben wir auch für die Wirtschaftspolitik einen ganz neuen Ansatz.

Welt Online : Der da wäre?

Yildiz : Wir wollen eine Ökonomie ohne Zinsen.

Welt Online : Sie wollen das islamische Bankwesen einführen?

Yildiz : Nein, ein gerechtes Bankwesen. Unser Vorstoß ist nicht religiös motiviert. In Amerika und in Großbritannien wird längst darüber nachgedacht, wie man über Risikobeteiligungen ganz aus dem Zinsgeschäft rausgeht. Ich komme selbst aus der Bank-Branche und sage Ihnen, dass das möglich ist.
Schauen Sie, wir haben jetzt schon zwölf Prozent Zinslast. Das heißt, zwölf Prozent der Staatsverschuldung sind Zinsausgaben. Wozu brauchen wir eine Wirtschaft, die zinsbelastet ist? Wir brauchen sie nicht. Und wenn wir keine Zinsen mehr haben, wird es auch keine Inflation in heutigem Sinne mehr geben. Denn Inflation und Zinsen sind Geschwister. Also sollten wir das System ändern. Das braucht Zeit, aber es ist möglich.

Welt Online : Sie wollen also das gesamte Bankensystem verändern?

Yildiz : Wir verändern es, aber nicht zu deren Ungunsten. Es soll nur endlich fair zugehen. Übrigens gibt es bereits zinslose Banken. In Amerika wird darüber nachgedacht, wie man über Risikobeteiligungen ganz aus dem Zinsgeschäft rausgeht. Das heißt, dass die Banken die Bürger auch tatsächlich an ihrem Gewinn und an ihrem Risiko beteiligen.

Welt Online : Tun sie das derzeit nicht?

Yildiz : Nein, derzeit geschieht das nicht. Die Banken beteiligen ihre Kunden einseitig nur an ihrem Risiko, nicht am Gewinn. Der Kunde bekommt drei Prozent Zinsen, egal, was die Bank

am Ende verdient. Und die Institute selbst streichen 60 oder 70 Prozent Gewinn durch Spekulation ein. Das ist nicht in Ordnung. Das ist die Fortsetzung der Zwei-Klassengesellschaft in der Wirtschaft.

Welt Online : Sie sehen Deutschland als Klassengesellschaft?

Yildiz : Es ist doch unübersehbar, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht. Eine kleine Gruppe wird immer reicher, während die Mittelschicht schrumpft. Hinzu kommt, dass die soziale Herkunft in diesem Land über Gegenwart und Zukunft eines Menschen bestimmt.
Ich sage ausdrücklich nicht die ethnische Herkunft, sondern die soziale. Wer am unteren Rand der Gesellschaft lebt, hat keine Chance, aus diesem sozialen Getto auszubrechen. Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar.

Welt Online : Was wollen Sie tun?

Yildiz : Wir wollen die Bürger direkter und stärker an der Politik beteiligen, wir fordern mehr direkte Demokratie. Dazu gehört, dass wir endlich auch Menschen anderer Nationalität, die seit fünfzig Jahren in Deutschland leben, zu vollwertigen Bürgern dieses Landes erklären. Diese Rechte müssen wir gesetzlich garantieren. Voraussetzung hierfür ist die doppelte Staatsbürgerschaft. Hätten wir die doppelte Staatsbürgerschaft , hätte dieses Land mindestens eine Million mehr Wahlberechtigte – und eine stärkere, glaubwürdigere Demokratie!

Welt Online : Inwieweit sehen Sie sich als Anwalt der Migranten?

Yildiz : Wir sind eine Partei aller in Deutschland lebenden Bürger. Wir haben 20 Prozent deutsch-deutsche Mitglieder. Gut 60 Prozent unserer Mitglieder sind in Deutschland geboren, haben aber Vorfahren aus anderen Ländern. Die restlichen 20 Prozent sind tatsächlich noch reine Zuwanderer.
Insgesamt kommen unsere Mitglieder aus 21 Nationen. Pluralistischer ist keine andere Partei in Deutschland. Außerdem sträube ich mich gegen den Begriff „Migrant“.

Welt Online : Warum?

Yildiz : Was ist denn ein Migrant? Bin ich ein Migrant, nur weil ich türkische Vorfahren habe? Nein! Ich bin Deutscher mit einem deutschen Pass. in Deutschland geboren. Wie könnte ich Migrant sein? Ich denke deutsch, handle deutsch und im Sinne Deutschlands. Meine Vorfahren waren Migranten. Ich bin es nicht.
Das ist übrigens einer der großen Fehler in der gesellschaftlichen Debatte, die Nachkommen der Zuwanderer immer noch als Migranten zu bezeichnen. Auf diese Weise gerät die Bezeichnung zu einem Stigma, das ausgrenzt, weil es sagt: Du bis nicht wie wir. Du bist anders. Ich frage: Warum tun wir so etwas? Wir wollen mit dazu beitragen, dass das aufhört.

Welt Online : Dennoch: Welche Rolle spielt ich ihrer Partei die ethnische, kulturelle Herkunft?

Yildiz : Ich würde uns als eine multikulturelle Partei von Menschen mit multiplen Identitäten bezeichnen. Viele haben zwei oder gar drei kulturelle Identitäten, weil die Eltern verschiedener ethnischer Herkunft sind, weil sie unterschiedliche Sprachen sprechen und anderen Kulturen entstammen. So gesehen, sind wir also eine sehr reiche Partei.
Vielfalt macht unser Land stark. Wichtig ist für uns die interaktive Partizipation, die aktive gesellschaftliche und politische Teilhabe aller Mitbürgerinnen und Mitbürger unter Bewahrung ihrer eigenen vielfältigen Identität. Wer seine Vergangenheit nicht kennt, kann seine Zukunft nicht selbst gestalten.

Welt Online : Sind viele bei Ihnen, die zuvor bei anderen Parteien waren?

Yildiz : Ungefähr die Hälfte unserer Mitglieder kam aus den beiden großen Volksparteien CDU und SPD zu uns. Zum Teil waren sie 30 Jahren dort aktiv, saßen in Orts- und Kreisvorständen.

Welt Online : Wie begründen sie den Wechsel?

Yildiz : In SPD und CDU sei man ihnen mit Arroganz und Überheblichkeit begegnet, heißt es immer wieder. Die Leute sagen, sie hätten sich ausgenutzt gefühlt. Wenn sie kandidierten, seien sie stets auf wenig aussichtsreichen Listenplätzen gelandet.
Ihre Vorschläge würden abgebügelt. Sie klagen auch darüber, dass die Parteiführung die Themen vorgibt, die dann diskutiert werden. Eigene Vorschläge seien eher unerwünscht. Das hat sie frustriert, dass sie ihre politischen Vorstellungen nicht einmal ansatzweise umsetzen konnten.

Welt Online : Woran mag das gelegen haben?

Yildiz : Es fehlt einfach eine gewisse Kultursensibilität. Nach außen sagen die etablierten Parteien: Wir haben auch Ausländer bei uns. Die Grünen haben mit Cem Özdemir sogar einen Parteivorsitzenden mit türkischer Herkunft. Aber: Die Grüne Basis hat ihn zuletzt nicht in den Bundestag gewählt.
Auf dem grünen Landesparteitag in Schwäbisch Gmünd haben sie Cem Özdemir gleich zweimal einen aussichtsreichen Listenplatz versagt, so dass er dann bei der letzten Bundestagswahl im Wahlkreis Stuttgart I scheiterte.

Welt Online : Und dennoch ist gerade Cem Özdemir das perfekt Gegenmodell Ihrer These, Menschen mit Migrationshintergrund würden in anderen Parteien marginalisiert. Einen höheren Aufstieg als zum Parteivorsitz kann es doch gar nicht geben…

Yildiz : …Cem Özdemir hatte die Unterstützung der Parteispitze. Die haben ihn durchgedrückt, weil sie darin ein strategisches Signal auch an die türkischstämmige Bevölkerung sah. An der Basis hatte er keine Chance. Nach wie vor werden Menschen in Deutschland vornehmlich nach ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Religionszugehörigkeit und ihrer Hautfarbe beurteilt.
In anderen Ländern schaut man darauf, was ein Mensch mitbringt. Das können berufliche oder menschliche Qualitäten sein. Dass Menschen türkischer Herkunft in der dritten, vierten Generation nicht in Deutschland ankommen können, kann doch nicht allein ihre Schuld sein.

Da muss man gesamtgesellschaftlich denken.

Welt Online : Kern jeder Gesellschaftspolitik ist die Familienpolitik. Wie definieren Sie das Familienbild Ihrer Partei?

Yildiz : Wir definieren Familie als Zusammenschluss von Mann und Frau.

Welt Online : Sie meinen die Ehe zwischen Mann und Frau?

Yildiz : Nein, es geht uns nicht unbedingt um den Trauschein. Die Familie ist potenziell in der Lage, Kinder zu zeugen. Deshalb soll unserer Ansicht nach der besondere gesetzliche Schutz der Familie nur für Mann und Frau und deren Kinder gelten. Kinder braucht die Gesellschaft. Wenn es keine Kinder gibt, dann stirbt unsere deutsche Gesellschaft aus.

Welt Online : Was ist mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften?

Yildiz : Andere Parteien wollen sie mit der gesetzlichen Ehe gleichsetzen . Wir sind dagegen, denn aus diesen Partnerschaften können keine Kinder hervorgehen. Wir haben doch das Partnerschaftsgesetz in Deutschland. Das ist sehr gut. Und dabei sollte es bleiben.

Welt Online : Wie sehen Sie die Rolle der Frau?

Yildiz : Mutter sein und Berufstätigkeit sollten sich nicht ausschließen. Wir sind sehr dafür, dass Frauen berufstätig sind. Allerdings muss der Gesetzgeber die Vorrausetzungen verbessern, etwa mehr Krippenplätze schaffen. Im Gegenzug könnte er steuerrechtlich das Ehegattensplitting abschaffen und die Familie durch mehr Kindergeld fördern.

Welt Online : Ihre Partei tritt jetzt in Berlin zur Landtagswahl an. Wie weit ist sie in Deutschland schon verbreitet?

Yildiz : Wir haben sieben Landesverbände, 35 Kreisverbände. Aus vielen Städten kommen Anfragen von Menschen unterschiedlichster Herkunft, die zu uns kommen wollen. Wir sind gerade mal anderthalb Jahre alt und zählen über 1000 Mitglieder, die Zahl der Sympathisanten ist noch weitaus höher. Vermutlich sind wir die am schnellsten wachsende Partei. Unser Motto ist: „Think BIG – Veränderungen beginnen im Kopf!“

Welt Online : Welche Chancen rechnen Sie sich in Berlin aus?

Yildiz : Unser Ziel ist es, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Dabei setzen wir natürlich auf die Bezirke Kreuzberg, Neukölln und Mitte. Allerdings wissen wir auch, dass die BIG-Partei eine neue „Marke“ ist. Und jede Markeneinführung braucht Zeit.

© Axel Springer AG 2012. Alle Rechte vorbehalten
https://www.welt.de/politik/wahl/berlin-wahl/article13549458/Multikulturelle-Partei-kaempft-gegen-Migranten-Stigma.html

RNZ
www.rnz.de

Eine Partei von Muslimen nicht nur für Muslime

Von Andreas Gorzewski



Haluk Yildiz führt das Bündnis BIG an. Er setzt sich seit Jahren für die Gleichberechtigung und Integration von Muslimen in Deutschland ein. Foto: zg

Bonn. "Think BIG!", mahnt der Parteien-Werbespot. "Denkt groß, schaut über den Tellerrand!", erklärt Haluk Yildiz den doppeldeutigen Wahlslogan. BIG steht nicht nur für "groß", sondern auch für das neue Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit, dessen Vorsitzender Yildiz ist. BIG tritt bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl am 9. Mai als erste Partei an, die fast ausschließlich von Muslimen gegründet wurde. Allerdings versteht sich die Gruppierung nicht als Islam-Partei. Vielmehr sieht sie sich als Stimme für Bevölkerungsgruppen, die sich von den etablierten Parteien vernachlässigt fühlen, wie der Unternehmensberater Yildiz betont. Bei der Kommunalwahl 2009 war der türkischstämmige Politiker bereits in den Bonner Stadtrat eingezogen.

Die BIG-Parteizentrale nahe des Bonner Hofgartens ist nur durch ein winziges Klingelschild zu finden. Auch sonst trat das Bündnis zunächst wenig an die Öffentlichkeit. Die Wahlplakate sollen erst kurz vor dem Urnengang zum Einsatz kommen. Für mehr als einen Miniwahlkampf reiche das Geld nicht, sagt Yildiz. Mittlerweile hat die Landespartei zwölf Ortsverbände mit mehr als 400 Mitgliedern. Zu den Kandidaten zählen eine Frauenärztin aus Marokko, ein türkischstämmiger Zahnarzt, ein libanesischstämmiger Ingenieur und ein in Bonn geborener Rechtsanwalt. Auch bundesweit formiert sich das Bündnis, das bei den kommenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz, Bremen, Berlin und Baden-Württemberg ebenfalls auf dem Wahlzettel stehen will.

Im Wahlwerbesport betont Yildiz: "Ich stehe für Innovation und Gerechtigkeit in Deutschland." Erneuerungsbedarf sieht der 42-Jährige unter anderem in der Bildungs-, Sozial-, und Integrationspolitik. Ein umfangreiches Wahlprogramm können die BIG-Vertreter bisher allerdings nicht vorweisen, nur ein vierseitiges Grundsatzprogramm. Darin wird etwa beklagt, dass es ungeachtet des Diskriminierungsverbots im Grundgesetz in vielen Bereichen eine Benachteiligung von Minderheiten gebe. Die Partei verstehe sich dagegen als "Brückenbauer" zwischen den Gesellschaftsgruppen. Zu ihren Zielen gehört unter anderem die Gewährung doppelter Staatsbürgerschaften.

Yildiz war bis 2009 Sprecher des Bonner Rats der Muslime, in dem fast alle Moscheevereine der Stadt mitarbeiten. Als Islam-Vertreter will er jedoch nicht gelten. Zwar seien überwiegend

Muslime Parteimitglieder, das Bündnis stehe aber allen Menschen offen. Inzwischen gebe es einige Christen in den BIG-Reihen, betont der Parteichef. Vom Islam ist im BIG-Grundsatzprogramm keine Rede.

Kritiker hielten den Parteigründern vor, "doch wieder was Paralleles zu machen", erzählt Yildiz in Anspielung auf den Vorwurf gegen einige Migrantengruppen, nichts gegen Parallelgesellschaften zu unternehmen. Diese Kritiker wolle er widerlegen. Menschen sollten nicht auf ihre Religion oder Herkunft reduziert werden, sagt der Parteivorsitzende. In eine der etablierten Parteien mochte Yildiz nicht eintreten, weil ihn deren Art stört, über Menschen zu reden. So würden Hartz-IV-Empfänger zu bloßen Objekten, hinter denen die Einzelschicksale in Vergessenheit gerieten.

Für den Wahltag hat Yildiz die Erfolgslatte hoch gehängt. "Ziel sind fünf Prozent. Das Potenzial ist auch da", macht er sich Mut. Bei der Kommunalwahl 2009 in Bonn erreicht er mit dem Bündnis für Frieden und Fairness (BFF), das nun BIG-Ortsverband ist, 2,1 Prozent der Wählerstimmen. Da es bei Kommunalwahlen keine Fünf-Prozent-Hürde gibt, reichte das für zwei Mandate im Rat der Stadt. Auf Landesebene müsste das Bündnis für einen Einzug ins Parlament deutlich zulegen.

DERWESTEN
Ein Portal der WAZ Mediengruppe

28.04.2010

NRW-Wahl

Migranten-Partei „BIG“ will in den Landtag einziehen

Landtagswahlen, 28.04.2010, Melanie Bergs



Essen. Zum ersten Mal tritt bei der Landtagswahl in NRW eine Partei an, die fast ausschließlich von Muslimen gegründet wurde. Mit Religion hat das nichts zu tun, sagt der Vorsitzende Haluk Yildiz. Mobilisiert hat die Migranten vielmehr das Gefühl, in anderen Parteien wie Außenseiter behandelt zu werden.

„BIG“ heißt die Partei. Das ist doppeldeutig gemeint. Ein „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ soll sie sein. Aber sie soll auch groß werden, so groß, dass sie in ein paar Jahren sogar in den Bundestag einziehen könnte. Das wäre eine Sensation. Denn „BIG“ ist die erste Partei Deutschlands, die fast ausschließlich von Muslimen gegründet wurde.

Zum ersten Mal tritt die Migranten-Partei bei der Landtagswahl in NRW an. Sie hat nach eigenen Angaben inzwischen mehr als 400 Mitglieder und 12 Kreisverbände. Weitere Landesverbände in Berlin, Bremen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sollen bald gegründet werden. DerWesten sprach mit dem Vorsitzenden Haluk Yildiz über das Programm, die Rolle der Religion und die schwierige Position der Migranten in anderen Parteien. Der 42-jährige Unternehmensberater ist Direktkandidat für Duisburg.

Warum brauchen Migranten in NRW eine eigene Partei? Fühlen Sie sich durch die etablierten Parteien nicht vertreten?

Haluk Yildiz: Das betrifft nicht nur Migranten. Viele Menschen in NRW fühlen sich von den Parteien nicht angesprochen. Wir hatten bei der letzten Landtagswahl eine Beteiligungsquote von 63 Prozent. Das bedeutet, dass fast 40 Prozent der Bürger mit der Politik in NRW nicht zufrieden sind. Da läuft einiges schief.
Neue Migranten-Partei: „BIG“ tritt zum ersten Mal zur Landtagswahl in NRW an.

Was machen die Parteien falsch?
Yildiz: Wir haben mittlerweile eine multikulturelle Gesellschaft. Doch deren Anforderungen wird die Politik längst nicht gerecht. In der Familien-, Integrations- und Arbeitsmarktpolitik werden viele Fehler gemacht. Da gibt es erhebliche Ungleichgewichte zu Lasten von sozial Benachteiligten. Und dazu gehören überproportional viele Migranten.

Die Sorge für sozial Benachteiligte haben sich aber auch die Linken auf die Fahne geschrieben. Was unterscheidet Sie von denen?
Yildiz: Sehr viel. Die Linkspartei ist ideologisch geprägt, wir verstehen uns dagegen als Realpolitiker. Wir sind pragmatisch und ideologiefrei. Wir sind der Meinung: Politik kann man weder rechts noch links machen, sondern nur richtig oder falsch. Wenn die Linken fordern, Hartz IV abzuschaffen, dann ist das eine linkspopulistische Forderung. Dann muss man direkt fragen: Wie soll das finanziert werden?

Wäre es nicht sinnvoller, wenn Migranten in die bestehenden Parteien eintreten und dort mitwirken?
Yildiz: Das wäre denkbar, wenn dort die Türen für Migranten offen stehen würden. Aber das ist nicht so. Über 80 Prozent unserer Mitglieder haben vorher jahrelang bei Parteien mitgearbeitet und sind bitter enttäuscht worden. Viele sind aus der SPD und der CDU zu uns gewechselt. Sie konnten sich mit der Politik dort nicht identifizieren. Menschen mit Migrationshintergrund werden oft dazu benutzt, Stimmen zu ergattern. Aber die meisten gehen in ihrer Partei unter. Man bleibt der Außenseiter, der irgendeine Minderheit vertritt. Und hat auch an der Basis kaum Rückendeckung. Es sei denn, die Migranten sind sehr angepasst und unterscheiden sich nur durch ihren Namen von anderen Parteimitgliedern. Dann hat man vielleicht eine geringe Chance.

Wo würden Sie Ihre Partei im politischen Spektrum ansiedeln?
Yildiz: Wir haben von allen Parteien sicherlich etwas. Wir vertreten Standpunkte der Linkspartei, ebenso wie solche der SPD oder der CDU. Wir sind eine Querschnittspartei. Es geht uns immer um pragmatische Lösungen, egal, ob sie von links oder von rechts kommen.

Was sind die Hauptanliegen Ihrer Partei?
Yildiz: Unsere Schwerpunkte sind Bildung, Familie, Wirtschaft, Integration, Innere Sicherheit und politische Partizipation. In diesen Bereichen muss noch sehr viel getan werden. Bildung steht jedoch für uns an erster Stelle. Wir fordern mehr Lehrer, kleinere Klassen und multilinguale Sprachförderung für Kinder. Es macht Sinn, dass türkisch-stämmige Kinder auch die türkische Sprache erlernen können.

Sind Sie denn auch – wie SPD, Grüne und Linkspartei – für längeres gemeinsames Lernen?
Yildiz: Auf jeden Fall. Viel wichtiger ist aber noch, dass man die Kinder schon früh dort abholt, wo sie stehen. Dazu müssten viel mehr Lehrer mit interkulturellen Kompetenzen eingestellt werden.

Sie fordern, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland ihre kulturelle Identität ausleben dürfen. Gibt es auch Grenzen?
Yildiz: Alles, was das Grundgesetz vorschreibt, müssen die Bürger beachten. Das Tragen eines Kopftuches zum Beispiel wird durch die Religionsfreiheit im Grundgesetz gedeckt. Bei

der Zwangsheirat muss man dagegen genauer hinschauen und fragen, wer bestimmt, ob es eine Zwangsheirat ist oder nicht. Wenn es eine Heirat gegen den Willen der Frau oder des Mannes ist, dann ist das natürlich absolut zu verurteilen. Aber wenn es sich um eine arrangierte Ehe handelt, mit der beide einverstanden sind, besteht natürlich kein Problem. Es gibt noch nicht einmal 0,01 Prozent Zwangsheiraten.

Die meisten Mitglieder Ihrer Partei sind Muslime. Welche Rolle spielt das für Ihre Partei-Arbeit?
Yildiz: Wir haben uns ausdrücklich dafür ausgesprochen, dass Religion nicht Inhalt unserer Arbeit ist und auch nicht sein darf. Wir haben nicht nur Muslime, sondern auch Christen in der Partei. Gleichwohl liegen unserer Politik bestimmte Wertvorstellungen zugrunde. Und die fließen natürlich ein, wenn es beispielsweise um unsere familienpolitische Ausrichtung geht. Da haben wir ein bestimmtes Bild, das wir in die Politik transportieren möchten. Aber nicht im Sinne der Theologie, sondern im Sinne der Ethik.

Die Grundlage ihrer Politik ist die Familie als Zusammenschluss von Frau und Mann. So steht es in ihrem Grundsatzprogramm. Welche Rolle sollten gleichgeschlechtliche Partnerschaften spielen?
Yildiz: Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften halten wir für legitim. Der Anspruch auf eine komplette Gleichstellung mit der Ehe ist jedoch problematisch. Der besondere Schutz der Familie als Rückgrat der Gesellschaft sollte bestehen bleiben. Da vertreten wir die gleiche Position wie die CDU.

Welches Ziel peilen Sie an: Sehen Sie sich eher als Protestpartei, die auf bestimmte Themen aufmerksam macht, oder als Gruppierung mit der Chance, irgendwann sogar mitzuregieren?
Yildiz: Unser Anspruch ist es, in den nächsten fünf Jahren unter die ersten sechs und in den nächsten zehn Jahren unter die ersten vier Parteien in Deutschland zu kommen. Und hoffentlich dann auch bald mitzuregieren.

http://www.derwesten.de/nachrichten/politik/landtagswahlen/Migranten-Partei-BIG-will-in-den-Landtag-einziehen-id2914246.html

Deutsche Welle

O-Töne: Haluk Yildiz, Parteivorsitzender des “Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit” – BIG; Aiman Mazyek, Generalsekretär des „Zentralrates der Muslime in Deutschland“; Arndt Klocke, Landesvorsitzender Bündnis 90 – Die Grünen
Autorin: Ulrike Hummel

Arbeitstitel „Realpolitik für Deutschland“

ANMOD. Etliche Kreisverbände wurden in Kürze gegründet und die Landesliste für die Wahlen in Nordrhein-Westfalen steht auch schon: Vor wenigen Wochen erst haben sich Muslime erstmals zu einer Parteigründung auf landes- und bundespolitischer Ebene zusammengeschlossen. Mit dem „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ – BIG NRW – möchte die Landespartei bei den Wahlen am 9. Mai antreten. Ziel der Bundespartei – BIG – sei es, die Gründung weiterer Landesparteien voranzutreiben, um in anderen Bundesländern bei Wahlen und letztlich auch bei der nächsten Bundestagswahl teilzunehmen. Mit dem „Sprung ins kalte Wasser“ will das Bündnis das muslimische Wählerpotential mobilisieren und künftig Politik aktiv mitgestalten – auch bei der Gesetzgebung. Die Partei tritt ausdrücklich nicht als islamische Partei auf, heißt es in einer Pressemitteilung. Stattdessen wollen ihre Mitglieder Realpolitik für Deutschland und seine Bürger betreiben. Ein Bericht von Ulrike Hummel:

HALUK YILDIZ: „Think BIG” bedeutet für uns nicht im quantitativen Sinne Größe zu zeigen oder zu implizieren, sondern wir sagen: Denke einfach groß, schau über den Tellerrand hinaus. Ein gutes Beispiel: Wir sitzen in einem Boot, wir sind eine Schicksalsgemeinschaft; Egal wer ein Loch in das Boot bohrt, das Boot würde untergehen – und das würde uns alle betreffen. Wenn wir uns als Schicksalsgemeinschaft sehen – und das meinen wir mit „think BIG“ – dann wird dieses Boot auch erhalten bleiben und wir werden gemeinsam einen Kurs nehmen, der uns allen zu Gute kommt.

„Think BIG“ – so lautet der Wahlslogan der ersten von Muslimen gegründeten Partei Deutschlands, die auch an den bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen teilnehmen will. Ob das „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ als Partei anerkannt und damit zur Landtagswahl zugelassen wird, entscheidet sich jedoch erst am 30. März – die formalen Kriterien jedenfalls seien erfüllt, verrät der Parteivorsitzende Haluk Yildiz. Die am 21. Februar 2010 gegründete Partei ist aus zwei Wählervereinigungen im Köln-Bonner Raum hervorgegangen und will künftig sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene Politik aktiv mitgestalten. Erste Erfolge im Vorfeld gab es bereits: Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen letztes Jahr erhielt eine der beiden Wählervereinigungen – das Bonner „Bündnis für Frieden & Fairness“ (BFF) – zwei Sitze im Stadtrat der Bundesstadt und ist

seitdem rege am politischen Alltag beteiligt. Sich bei etablierten Parteien politisch zu engagieren ist für Haluk Yildiz und andere Parteimitglieder keine Option:

HALUK YILDIZ: Weil wir der Meinung sind, dass diese Parteien noch nicht so weit sind für uns. Man soll uns als Teil dieser Gesellschaft wahrnehmen, ohne uns als Exoten mit Migrationshintergrund oder Muslime darzustellen, sondern zu sagen: da ist ein Mensch, der macht sich genauso Gedanken darüber, wie Wirtschaftspolitik, Bildungspolitik oder Familienpolitik funktionieren könnte – und das stellen wir eben nicht fest. Aber [es ist auch so], dass wir uns mit all diesen Parteien gar nicht identifizieren können – vor allem wie sie Politik gestalten.

Erklärtes Ziel des Bündnisses ist es, durch aktive Teilnahme an politischen Prozessen bestehende Ressentiments gegen Muslime oder Menschen mit Einwanderungsgeschichte abzubauen. Offen ist die Partei ausdrücklich für alle Bürger, religiöse Inhalte seien nicht Thema der politischen Arbeit. Vielmehr will man frei von belastenden Ideologien Realpolitik für Deutschland betreiben. Dass es erst jetzt zu einer Parteigründung durch Muslime kommt, sei eine Folge dessen, dass man bis jetzt nicht adäquat vertreten worden sei. Außerdem: heimisch zu werden, brauche Zeit, erklärt Haluk Yildiz und zu einem frühren Zeitpunkt wäre die Gesellschaft für diese Parteigründung ohnehin nicht bereit gewesen. Dass das „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ auch auf Skepsis stoßen wird, überrascht kaum. Dazu Aiman Mazyek, Generalsekretär des „Zentralrates der Muslime in Deutschland“ (ZMD):

AIMAN MAZYEK: Ich begrüße das grundsätzlich, dass man insbesondere auf der kommunalen Ebene die Interessen der Muslime zu bündeln versucht. Ich kann ein Stück weit noch mit gehen, wenn es um die landespolitischen Entwicklungen geht, denn in Nordrhein-Westfalen etwa gibt es ca. 1 Million Muslime – davon ein Drittel, die wahlberechtigt sind. Aber ich finde es strategisch bedenklich und überlegenswert, ob man es auf bundespolitischer Ebene nicht eher unterlässt, weil die Stimmen wirklich marginal sind, aber die Wirkung eine falsche sein könnte.

Damit meint Aiman Mazyek die mögliche Signalwirkung an in Deutschland lebende Muslime, sich weniger innerhalb etablierter Parteien zu engagieren, sondern künftig jeweils eigene Vereinigungen zu gründen. Der Generalsekretär des Zentralrates (ZMD) betont aber auch, dass es die Parteien bisher versäumt hätten, den Muslimen ausreichend Angebote zu machen, um deren politische Partizipation zu fördern. Profilieren will sich das neu gegründete Bündnis vor allem durch seine Bildungs- und Integrationspolitik.

HALUK YILDIZ: In der Bildungspolitik denken wir, dass wir die Ungleichheiten auf jeden Fall beseitigen müssen, damit die Menschen, die Migrationshintergrund haben oder aus schwächeren Gesellschaftsgruppen kommen, eine viel bessere Chance haben, an dem Gesamtsystem gleichwertig teilzunehmen. Und da stellen wir sehr große Defizite fest: Wenn in einer Stadt wie Gelsenkirchen 60 Prozent der Migrantenkinder Hauptschulen besuchen, dann ist das ein Problem. In Duisburg sind das 40 Prozent und in Bonn 30 Prozent.

Punkten will die neue Partei mit ihrer Integrationspolitik: Zentrale Forderungen sind die Wahrung kultureller Identität als Voraussetzung für einen gelungenen Integrationsprozess, die Anerkennung interkultureller und sozialer Kompetenzen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und deren bessere Einbindung in gesellschaftspolitische Prozesse. Nicht akzeptabel sei hingegen ein einseitiger Integrationsprozess, der das Aufgeben eigener Werte und Identitäten verlange. In einem Grundsatzpapier sind des weiteren Ansätze zur Wirtschaftspolitik, Inneren Sicherheit, politischen Partizipation sowie zur Umwelt- und Familienpolitik formuliert. Letztere beinhaltet beispielsweise die Gleichstellung von Mann und Frau in Beruf und Gesellschaft sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ein flexibleres Angebot an Kinderbetreuungsplätzen.
Sollte das Bündnis zu den Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen zugelassen werden, dürfte dies auf wenig Gegenliebe bei den etablierten Parteien stoßen. Dazu Arndt Klocke, NRW-Landesvorsitzender vom Bündnis 90 – die Grünen:

ARNDT KLOCKE: Das steht natürlich allen frei, wobei unser Ziel eben wäre, dass sich die bestehenden Parteien politisch öffnen, beziehungsweise dass wir viele Angebote machen über das kommunale Wahlrecht oder die Öffnung der Staatsbürgerschaft. Und natürlich Bildung: Bildung ist ein Zugang zur Gesellschaft, auch zur politischen Teilhabe. Menschen mit besserer Schulbildung nutzen viel stärker die demokratischen Möglichkeiten. Und in diesem Kontext, wenn das erfüllt ist, bin ich ganz sicher, dass sich Menschen mit Einwanderungsgeschichte viel stärker in den etablierten Parteien engagieren und keine eigenen Listen oder Vereinigungen gründen.

Seit der Gründung am 21. Februar dieses Jahres hat das „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ (BIG) 10 Kreisverbände gegründet und nahezu 400 Parteimitglieder geworben. Spitzenkandidat ist der Parteivorsitzende Haluk Yildiz, der schon letztes Jahr für das Wählerbündnis BFF in den Bonner Stadtrat gezogen ist. Das erklärte Wahlziel für Nordrhein-Westfalen ist die Nähe zur Fünf-Prozent-Hürde, sagt der Bonner Unternehmensberater. Realistische Chancen für den Einzug in den Düsseldorfer Landtag seiner Partei sieht Haluk Yildiz über den Weg der Direktkandidatur – dies sei theoretisch durchaus denkbar.

***

zenithonline
Der Orient im Netz

»Keine Politik für Muslime machen«

von Florian Bigge / Foto: Thomas Wolf/Wikimedia Commons/lizensiert gemäß Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Unported

zenith: Herr Yildiz, Sie strahlen so. Ist das Ihr Gemüt oder wirkt der Erfolg bei den Kommunalwahlen nach?
Haluk Yildiz: Nein, den Wahlerfolg habe ich längst verdaut. Ich bin jetzt nicht der Typ, der daraus etwas Großes macht. Es war ja nur eine Kommunalwahl.

Was heißt »nur«? Muslime gründen gemeinsam ein Wählerbündnis und ziehen kurz darauf bei den Kommunalwahlen in das Bonner Stadtparlament ein. Das ist bislang einmalig in Deutschland. Von null auf hundert, sozusagen.
Darüber freue ich mich, aber mein Gemüt ist davon weniger abhängig. Auch wenn wir verloren hätten, würde ich mich jetzt nicht schlecht fühlen. Ich sehe das sehr sportlich. Wir hatten nur zwei Monate Zeit, es war ein Wettbewerb und es ging um ein gutes Ergebnis. Das war nicht fraglich, aber ungewiss.

»So schlimm fand ich es nicht«

Sie haben kurz nach den Kommunalwahlen der rechtslastigen Wochenzeitung *Junge Freiheit* ein Interview gegeben. Haben Sie das Gespräch als Muslim oder als Politiker geführt?
Das Gespräch war schon auf unser Wählerbündnis zugeschnitten. Aber wie kann man das trennen? Ein Christdemokrat ist ja auch Christ und Politiker.

Nun, Politiker geben der *Jungen Freiheit* nur ungern Interviews. Insofern ist es ungewöhnlich, zumal Sie als Politiker und Muslim auftreten. War das Gespräch für Sie eine Art Dialog?
Ich habe ein Vorgespräch mit einem Journalisten dieser Zeitung geführt und festgestellt, die sind offen! Sie sagten mir zwar, dass sie klare und direkte Fragen stellen würden, die mir auch nicht unbedingt gefallen würden, aber so schlimm fand ich es nicht. Die Fragen waren legitim.

Aber es wurde während des Gesprächs schon das Klischee der »Moslempartei« bedient, die nun in einem deutschen Stadtparlament sitzt und islamische Politik machen will.
Das ist richtig, aber dementsprechend wurden die Fragen an mich gestellt und meine Antworten weiterkommuniziert. Und das fand ich fair! Ich habe im Interview gesagt, dass wir keine Moslempartei sind, sondern Muslime, die ein Wählerbündnis gegründet haben. Das haben die so wiedergegeben. Andernfalls hätte es auch keinen Sinn gemacht. Da finde ich manches Massenmedium viel tendenziöser. Man kann Sachen weglassen oder hinzufügen wie das beispielsweise beim *WDR* geschehen ist.

Sie spielen auf einen Radiobeitrag im *WDR* an, in dem gesagt wurde, dass Sie die Verschleierung muslimischer Lehrerinnen an Schulen fordern. Das stimmt also nicht?

Nein! Das habe ich so nie gesagt. Die Journalistin vom *WDR* hat mich gefragt, wie ich dazu stehe. Meine Antwort war, dass man das Grundgesetz für alle anwenden müsse. Wir müssen für Gleichberechtigung sorgen. Entweder alles abschaffen oder alles zulassen. Natürlich in einem gewissen Rahmen. Und das hat die Journalistin in dem Radiobeitrag nicht so wiedergegeben. Da ist die *Junge Freiheit* sehr viel fairer aufgetreten.

»Fünf Mal die gleiche Frage«

Vielleicht passen Ihre Ansichten auch nicht in das Bild, das die Medien gerne von Muslimen zeichnen. Die Berichterstattung über Muslime hängt sich ja an Bildern auf wie voll verschleierte Frauen oder Betende, die ihren Körper stets nach Mekka gerichtet haben. Nun sitzt ein von Muslimen gegründetes Wählerbündnis in einem deutschen Stadtrat: Das weckt Klischees, oder?

Ja, so ist es. Man bekommt fünf Mal die gleiche Frage gestellt: »Was sind denn ihre wirklichen Ziele?« Viele sind verwundert, wenn man Ihnen erklärt, dass man Politik für alle machen möchte, selbstverständlich auch für Muslime, das ist ja mein Background. Was soll ich denn sagen? Nein, mit Muslimen nicht? Man geht auf die Jugendpolitik und auf die Jugendkriminalität ein, und dennoch werden sie gefragt »Was sind denn ihre wirklichen Ziele?« Wollen sie hören, dass wir die Scharia einführen wollen? Das wollen wir nicht! Diese unterschwelligen Unterstellungen, dass die Partei ein Vorwand sein könnte, um unsere Demokratie auszunutzen. Als wären wir Leute, die kein Demokratieverständnis haben. Ich bin in der Türkei aufgewachsen. Die Türkei ist ein relativ demokratisches Land.

Sie wollten mitreden und haben so das »Bündnis für Frieden und Fairness« gegründet. Aber fördert ein von Muslimen gegründetes Wählerbündnis nicht wiederum die Nischenbildung und den Korporatismus? Politik von Muslimen für Muslime?

Die Gefahr einer Nischenbildung wäre dann gegeben, wenn wir den Islam als Religion, als Glauben instrumentalisieren würden. Es wäre eine fatale Sache, wenn wir sagen würden, dass wir eine islamische Partei sind. Und dann würden wir über den Islam versuchen, die Menschen auf unsere Seite zu ziehen. Aber das wäre nicht in Ordnung, das wäre Spaltung, das wäre eine Parallelentwicklung!

Meinen Sie nicht, dass eine politische Teilhabe in einer der etablierten Parteien sinnvoller wäre?

Schauen Sie, nach den Kommunalwahlen in Bonn haben wir die muslimischen Gemeinschaften besucht und uns bedankt. Immerhin hat sich der größte Teil dieser Menschen vorher nie zu Wahlen bewegt. Die haben gesehen, dass da etwas Positives passiert ist, auf das man aufbauen kann. Sie haben uns als ihre Stimme angesehen. Dass wir jetzt sagen können: »Stopp, das stimmt nicht, was da erzählt wird.« Wir sind aus der Bonner Situation heraus entstanden. Zehn Prozent der Bevölkerung in Bonn sind Muslime. Seit über zwei Jahren läuft ein Antrag für den Bau einer Moschee, das wird ständig hinausgezögert – nach dem Karneval, nach Weihnachten, nach den Wahlen. Wir mussten politische Verantwortung übernehmen, weil wir uns seit Jahren zerreißen, um Akzeptanz zu erlangen. Die Bonner Oberbürgermeisterin hat in all den Jahren nie ein Grußwort an uns gerichtet, nie an einem Fastenbrechen teilgenommen, was die Kirchen schon seit Langem machen. Unsere Erkenntnis war, dass man heutzutage aktiv handeln muss.

»Wen soll man wählen?«

Vor kurzem hat ein Meinungsforschungsinstitut die Sonntagsfrage an die hier lebende türkische Bevölkerung gestellt. Wenn die Deutschtürken wählen könnten, würden sie Cem Özdemir direkt zum Bundeskanzler wählen. Haben Sie im Bonner Wahlkampf die Erfahrung gemacht, dass Muslime anders wählen?

Diese Aussage ist haltbar. Allerdings gibt es viele Muslime, die gar nicht wählen. Das ist ja das Problem. Das heißt, man befragt die Muslime, die wählen, aber nicht die, die nicht wählen gehen. Viele würden gar keinen wählen.

Viele Migranten wollen sich aber politisch betätigen und sehen Wahlen als ein Motiv für Einbürgerung.

Ja, das schon. Viele fragen sich aber: »Wen soll man wählen?« Oft werden Rückschlüsse aus der internationalen Politik gezogen, die Deutschland und westliche Staaten betreiben. Viele wundern sich, warum die westlichen demokratischen Staaten hier eingreifen, aber dort nicht. Daraus zieht man Rückschlüsse und meint dann, dass die Demokratie nur bedingt funktioniere und die Politik doppelzüngig sei. So fällt es schwer, sich mit dem demokratischen System im Westen zu identifizieren. Ein weiterer wichtiger Grund ist, dass die Menschen sich mit den Politikern nicht identifizieren können und sich in keinem Wahlprogramm wieder finden. Sie werden von den anderen Parteien nicht als wichtige Wählergruppe wahrgenommen. Belange, wie zum Beispiel ein geregelter Schwimm- oder Religionsunterricht, stehen im Raum und werden negativ kommuniziert oder gar nicht.

»Wir können keine Politik für Muslime machen«

Das heißt, dass bei den etablierten Parteien bestimmte Themen nicht präsent sind, die Muslime oder Migranten aber ansprechen. Wie haben sie ihren Wahlkampf präsentiert? Wie haben Sie die Bonner Muslime angesprochen?

Der Bonner Wahlkampf war ein Lernprozess für das BFF und auch für die Gemeinschaft der Muslime in Bonn. Wir wollten uns als eine Wählergemeinschaft positionieren, die jeden ansprechen kann, aber nicht muss. Der Name soll bei uns Programm sein: Frieden und Fairness. Wir sagen Frieden, dann muss dieser Frieden auch für alle gelten. Genauso Gerechtigkeit: Das ist ein Querschnittsthema, das muss in allen Lebensbereichen für jeden gelten. Der muslimischen Gemeinschaft haben wir klargemacht, dass wir gesamtgesellschaftlich denken und handeln müssen. Das heißt, wir können keine Politik für Muslime machen und beispielsweise Aussiedler oder Christen ausschließen. Genau das darf nicht sein. Insofern war unser Wahlkampf auf die Allgemeinheit zugeschnitten. Für Muslime, Migranten, aber auch für Deutsche. Aber natürlich mit dem Schwerpunkt auf die muslimische Identität, denn da sehen wir ja die Probleme. Deutsche ohne Migrationshintergrund haben nun einmal nicht die gleichen Probleme wie Muslime oder Migranten.

Aber sie sind ganz gezielt auf die Muslime zugegangen?

Ja, das waren die Hauptkreise, die wir in zwei Wochen Wahlkampf erreichen konnten. Die Menschen haben gesehen, dass wir eine Identität haben, mit der sie sich auch identifizieren können. Viele waren anfänglich dagegen. »Wieso wollt ihr in die Politik?« Denen haben wir geantwortet, dass die politische Teilhabe anders funktioniert. Wenn wir unsere Position nicht kommunizieren können, dann können wir den anderen nicht vorwerfen uns nicht zu verstehen und zu benachteiligen. Diese Argumente haben die Leute angenommen.

Wenn die Politiker der etablierten Parteien Themen aus dem Weg gehen, die Migranten ansprechen, dann sind wir noch nicht bereit für einen Bundeskanzler Özdemir, oder?
Gegenwärtig setzen deutsche Parteien Themen, die muslimische Migranten ansprechen, nicht auf die Tagesordnung. Die Politiker werben um die Stimmen der Migranten, aber zumeist nur in den Europaausgaben ausländischer Zeitungen, wie zum Beispiel der türkischen Hürriyet. Dass sie um die Stimmen der Migranten werben, soll die deutsche Mehrheitsgesellschaft nicht erfahren. Sie haben Angst vor den einheimischen Wählern. Deswegen wird es in der nächsten Zeit keinen türkischstämmigen Bundeskanzler geben. Aber man muss unserem Volk zugute halten, dass es sehr lernfähig ist. Wenn man den Deutschen die Gelegenheit gibt, sich zu informieren, dann tun sie es auch. Ich erzähle gerne diesen Witz: Im Himmel steht man vor zwei Toren. Über dem einen Tor steht »Eingang zum Paradies«, auf dem anderen steht »Vortrag über das Paradies«. Und die Deutschen hören sich erst mal den Vortrag an, bevor sie ins Paradies gehen.■

Haluk Yildiz
ist erster Vorsitzender des »Bündnisses für Frieden und Fairness« (BFF) in Bonn.

http://www.zenithonline.de/politik/interview/?article=564&cHash=5bde43abfc

report-k.de KÖLNS INTERNETZEITUNG

25.03.2010

Neue Partei: Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit kandidiert bei Landtagswahl NRW 2010



Foto oben: (von links) Amin Thomas Bongartz, Generalsekretär der Bundespartei, Nurhan Soykan, Parteivorsitzender Haluk Yildiz, Dr. Nadia Najjari und Moussa Acharki.

Die neue Partei „Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit“ (BIG) kandidiert in diesem Jahr für die nordrhein-westfälische Landtagswahl. Sie will insbesondere die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland verbessern.

„400.000 Stimmen in NRW – das ist möglich“

„Gerechtigkeit muss jedem gleichermaßen zugänglich sein“, forderte gestern Haluk Yildiz, Parteivorsitzender des neuen „Bündnis für Innovation & Gerechtigkeit“ - BIG. Weil das die Parteien bislang nicht umsetzen würden und insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund oftmals keine Gerechtigkeit erfahren würden, gründete er kurz entschlossen zusammen mit einigen Mitstreitern seine eigene Partei. Am vergangenen Dienstag haben sie ihre Unterlagen beim Landesministerium eingereicht und wollen nun bei der Landtagswahl NRW 2010 kandidieren. Um in den Landtag einzuziehen, bräuchten sie fünf Prozent der Stimmen. „Das sind rund 400.000 Stimmen in NRW – das ist möglich“, zeigte sich Amin Thomas Bongartz gestern zuversichtlich. Er ist der Generalsekretär der dazugehörigen neuen Bundespartei BIG. Die hat es sich zur Aufgabe gemacht, für die weiteren anstehenden Landtagswahlen in Deutschland jeweils Landesparteien zu gründen.

Denn die neue Partei will auch bei der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2013 antreten.

Entstanden ist BIG aus drei regionalen Wählervereinigungen: Die Wählergemeinschaft „Bündnis für Frieden & Fairness“ (BFF) setzt sich nach eigenen Angaben nur aus Muslimen zusammen. Sie hat bei der Kommunalwahl 2009 zwei Plätze im Bonner Stadtrat erhalten. Gleichzeitig hat die Bürgerinitiative Gelsenkirchen (BIG) eine Wählergemeinschaft von Menschen mit Migrationshintergrund an der Kommunalwahl teilgenommen. Als Ergebnis zogen ebenfalls zwei Abgeordnete in das Stadtparlament Gelsenkirchen ein. Eine vergleichbare Wählergemeinschaft aus Köln schaffte den Einzug in den Stadtrat nicht.

Unterstützung für alle Benachteiligten?
Obwohl die ursprünglichen Wählergemeinschaften aus muslimischen Vereinigungen entstanden sind, will die Partei BIG ausdrücklich nicht als islamische Partei verstanden werden, wie Bongartz immer wieder betonte. Ihr Ziel sei es, die Unterstützung für Benachteiligte in Deutschland auszuweiten, damit jeder Mensch die gleichen Chancen etwa auf eine gute Bildung bekommt. Bewusst setzt sich BIG dabei für die Achtung des deutschen Grundgesetzes ein. In ihren mündlichen Erklärungen schien jedoch so mancher Widerspruch aufzukeimen. So fordert BIG zwar die Gleichbehandlung aller Menschen, lehnt eine Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit Familien jedoch ab. Auch werfen sie den anderen Parteien vor, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht die Chance bekommen würden, ihre politischen Gestaltungswillen umsetzen zu dürfen.

Die Schwerpunkte der politischen Arbeit
Bildung
BIG betont im politischen Programm: „Die Basis für ein erfolgreiches Leben in Deutschland ist eine vernünftige Schulbildung und Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen.“ Diese könne nur erreicht werden, wenn das Schulsystem umstrukturiert würde und die Trennung der Schüler auf verschiedene Schulformen erst später erfolge. Das „Abschieben von Problemkindern in Hauptschulen“, so das Programm, sei keine Lösung. Zudem fordert BIG eine Ausweitung der sprachlichen Förderung aller Kinder bereits im Vorschulalter.

Integration
BIG will sich dafür einsetzen, dass Menschen mit Migrationshintergrund ihre kulturelle Identität in Deutschland ausleben dürfen. Grundlage für ein Miteinander könne nur ein kenntnisreicher und respektvoller Dialog sein. Der solle dadurch unterstützt werden, dass kulturelle Identitäten Teil des Lehrplans werden sollten.

Wirtschaft
„Deutschland geht es vergleichsweise gut“, betonte Bongartz gestern. Dennoch stünde auch die Bundesrepublik in den kommenden Jahren vor einer wirtschaftlichen Herausforderung. BIG forderte, eine wirtschaftsethische Regelung des Finanzmarktes, um die „schrankenlose Selbstbedienungsmentalität und die unverantwortliche Risikobereitschaft“, so das Programm, zu unterbinden.

Innere Sicherheit
BIG sieht die Notwendigkeit strenger Gesetze zur Stärkung der inneren Sicherheit und fordert

deren vorurteilsfreie, konsequente Umsetzung. „Gewalt ist niemals eine Lösung“, erklärte Haluk Yildiz.

Familie
Grundlage der staatlichen Ordnung ist für BIG die Familie als Zusammenschluss von Frau und Mann. Die Partei fordert die Unterstützung von Familien und etwa eine vom Staat zu gewährleistende bedarfsdeckende Versorgung und Betreuung der Kinder.

Politische Partizipation
BIG will sich dafür einsetzen, dass die politischen Prozesse für alle Bürger transparenter werden, um einer zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. „Wir müssen die Politik der Ausgrenzung umkehren“, forderte Bongartz gestern. Ein erster Schritt in diese Richtung sollte die Zulassung von einer doppelten Staatsbürgerschaft und ein kommunales Wahlrecht für Ausländer sein.

Cornelia Schlößer für report-k.de/ Kölns Internetzeitung
http://www.report-k.de/content/view/27624/

Köln Nachrichten
Das Online-Nachrichtenmagazin für Köln

Neue Partei will „benachteiligte Randgruppen“ ansprechen.



BIG-Spitzentrio für Düsseldorf: Haluk Yildiz, Nadia Najjari (Frauenärztin an der Bonner Uni-Klinik, Listenplatz 2), Moussa Acharki (v.l.). Foto: J. Schön

(js) „Wir sind keine Konkurrenz für die anderen Parteien, sondern eine Bereicherung der politischen Landschaft“, erklärte Moussa Acharki. Der Bonner Kaufmann stellte am Mittwoch in Köln das Programm der neuen Partei „BIG – Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ vor. Sie wurde erst vor einem Monat gegründet und tritt schon zur Landtagswahl am 9. Mai an. Acharki steht auf der Landesliste auf Platz 2. Spitzenkandidat Haluk Yildiz ergänzte: Wir sind weder rechts noch links, sondern für eine korrekte Politik.“

Zielgruppe sind vor allem Nichtwähler und „Randgruppen“ wie Deutsche mit Migrationshintergrund oder Hartz-IV-Empfänger. Zwar bekennen sich die meisten Kandidaten zum Islam, „Religion ist aber nicht unser Thema“, betonte Yildiz, zugleich auch Parteivorsitzender. Der Betriebswirt weiter: „Wir nehmen zu sozialen Fragen Stellung, nicht zu religiösen.“ Wichtigster Programmschwerpunkte ist die Bildung. Größtes Hindernis für gleiche Bildungschancen sei die Trennung der Schüler nach der Grundschule auf verschiedene Schulformen. Davon seien besonders Migrantenkinder betroffen. Gefordert werden sprachliche Förderung schon im Vorschulalter. BIG will eine Integration von Migranten, bei der diese ihre kulturelle Identität beibehalten können – auch mit zwei Pässen.

Ein besonderes Augenmerk gilt der Familie als „Zusammenschluss von Mann und Frau zur Betreuung von Kindern.“ Dabei habe man nichts gegen gleichgeschlechtliche Partnerschaften, dies sei aber Privatsache, so Yildiz. Betont wird auch die Gleichberechtigung der Frau. Schließlich setzt sich BIG für regener„Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ will in den Düsseldorfer Landtag. Die Kandidaten bekennen sich zum Islam, wollen aber keine religiösen, sondern soziale Probleme lösen. Außerdem setzt sich

BIG für regenerative Energien, für ethische Grundregeln in der Wirtschaft und gegen Gewalt in der politischen Auseinandersetzung ein.

BIG ist entstanden aus drei nordrhein-westfälischen Wählervereinigungen. Die Bonner erhielt bei den Kommunalwahlen im Vorjahr zwei Sitze im Stadtrat (einen davon hält Haluk Yildiz), ebenso die in Gelsenkirchen. Die Wählervereinigung in Köln blieb ohne Sitze. Nach dem Zusammenschluss zu BIG hat die neue Partei schon über 400 Mitglieder, „und laufend kommen neue Anträge“, so Generalsekretär Amin Thomas Bongartz, Rechtsanwalt in Bonn. Zur anstehenden Landtagswahl tritt BIG mit einer 17 Namen umfassenden Landesliste und 10 Direktkandidaten an. Langfristig will man auch an den Bundestagswahlen teilnehmen. Auf die Frage, warum man sich nicht schon bestehenden Parteien angeschlossen habe, verwies er auf schlechte Erfahrungen, die Migranten dort gemacht hätten: „Dort wird nur über Migranten geredet, nicht mit ihnen.“ Auf eigene Erfahrungen dieser Art konnte von den anwesenden Kandidaten allerdings nur Yildiz berichten.
http://www.koeln-nachrichten.de/politik/wahlen/koeln_big_landtagswahl_nrw_islam_migranten.html